

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 J., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 4. November 1893.

Inserate die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 J. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Pelzenstraße 12.

## Geschichtliches und Polemisches zur deutschen Gewerkschaftsbewegung.

### II.

Am 22. Januar 1865 hatte die Berliner Arbeiter-Versammlung die Aufhebung der §§ 182, 183 und 184 der preussischen Gewerbeordnung verlangt, am 27. Januar wurde die aus 33 Orten mit etwas über 6500 Unterschriften bedeckte gleichlautende Petition des Berliner Arbeitervereins, die bereits im September beim Ministerium eingebracht worden war, nun auch dem Abgeordnetenhaus eingebracht, aber bereits am 25. Januar hatten die Fortschrittler durch die Abgeordneten Faucher und Schulze-Delitzsch den Antrag auf Aufhebung der §§ 181 (der die Arbeiter nicht berührte) und 182 im Abgeordnetenhaus eingebracht.

Natürlich konnte diese Halbheit die Arbeiter nicht befriedigen; sie wollten Gleichberechtigung, nicht aber unter dem Ausnahmestück der §§ 183 und 184 stehen, das bei den Arbeitern bestraft, was den Unternehmern erlaubt ist. Die Unternehmer sollten nach wie vor ohne polizeiliche Erlaubnis Verbände und Vereine gründen dürfen, die Arbeiter nicht; wenn der Unternehmer den Arbeiter unter Kontraktbruch auf die Straße warf, dann hatte der Arbeiter das Vergnügen, im Zivilprozeß den rückständigen Lohn einzuklagen; wenn aber der Arbeiter, vielleicht durch Chikanen oder ungerechten Lohnabzug provoziert, eigenmächtig die Arbeit verließ, „groben Ungehorsams oder beharrender Widerspenstigkeit sich schuldig“ machte, dann sollte er nach wie vor ohne Weiteres vom Polizisten gepackt und in's Gefängnis gesteckt werden dürfen.

Untern 31. Januar brachten die Berliner Tageszeitungen die Nachricht, die Regierung beabsichtige, eine Vorlage auf volle Koalitionsfreiheit, unter Aufhebung aller dem entgegenstehenden Gesetzesparagraphen, einzubringen. Darob erschrafen die kammerfortschrittlichen Bourgeois; das hieße ja ihnen allen Wind aus den Segeln nehmen. Sie traten am 4. Februar zu einer Kommissions-Sitzung zusammen und da wurde der Schulze'sche Antrag erweitert auf Aufhebung auch der §§ 183 und 184. Vergebens witterte der alte Bernstein in der „Berliner Volks-Zeitung“ wider diese Nachgiebigkeit gegen „unwissende Hezer“, mit seinem ganzen tal-mudistischen Scharfsinn suchte er den Arbeitern nachzuweisen, daß der § 183, der den Arbeitern (nicht aber den Unternehmern) die Gründung von Vereinen und Verbindungen ohne polizeiliche Erlaubnis verbot, mit dem Koalitionsrecht eigentlich nichts zu thun habe; und zu dem nichtswürdigen § 184 wußte er bloß eventuelle Abänderungen „im milderen Sinne“ vorzuschlagen. Aber Faucher erklärte die Nothwendigkeit des Antrags mit dem Hinweis auf die „bedenkliche Höhe der Arbeiterbewegung“ und die Unschiedenheit, mit der die Arbeiter die Abschaffung verlangten.

Bereits am 11. Februar kam der Antrag zur Verhandlung. Die Regierung ließ durch den Minister Ikenplitz in echt bismarckischer Demagogie erklären, sie sei für die Koalitionsfreiheit, aber sie glaube aussprechen zu müssen, daß mit der bloßen Koalitionsfreiheit allein die materielle Lage der Arbeiterklasse nicht erheblich gebessert sei; sie werde daher auch positive Maßregeln vorschlagen, vor Allem Förderung des Genossenschaftswesens durch staatliche Unterstützung der Konsum-, Verbrauch- und Produktiv-Vereine. Wagener erweiterte den Schulze-Faucher'schen Antrag dahin, daß die Regierung zur Initiative in der Arbeiterfrage aufgefordert werde. In der Begründung des Antrags sang Schulze-Delitzsch das hohe Lied der Koalitionsfreiheit, das Spiel der freien Kräfte, der ausgleichenden Gerechtigkeit. Der spätere Zentrumsmann Reichensperger erklärte sich gegen Aufhebung des § 184. Wagener forderte die Regierung zu einer Sozialreform im großen Stile auf, verlangte Unterstützung der Produktiv-Assoziationen, wie ja der Staat auch die Zinsgarantie für die Eisenbahnen übernehme und rieth der Regierung, schon jetzt vom allgemeinen Stimmrecht das Nützliche und Nothwendige zu nehmen, damit sie nicht später gezwungen sei, es mit allen seinen Auswüchsen zu nehmen, denn wenn erst die Arbeiter-Bataillone zu marschieren begonnen, dann dürfte kein Staatsmann der Welt mehr stark genug sein, ihnen Halt zu gebieten. Der „rothe Becker“ von Köln (damals Bürgermeister in Dortmund) trimpfte die Junker und die Regierung ab mit der Forderung, das Koalitionsrecht auch den ländlichen Arbeitern zu geben, während Twisten und Waldeck ganz à la Eugen Richter und fast mit denselben Worten den Bürgersinn und das Spar-Nezept priesen. Der „alte Hartort“, dieser fortschrittliche König Stumm mit gleich brutaler Unternehmer-Auffassung, sprach natürlich gegen die Koalitionsfreiheit. Die Verhandlungen nahmen drei Sitzungen in Anspruch; am 14. kam es nach der Schlußrede Schulze's, in der er gegen Wagener's Drohung mit den Arbeiter-Bataillonen die historisch gewordene Phrase donnerte: „Entfesseln Sie diese Bestie nicht“ zu einer konfusen Abstimmung, welche die Annahme des ursprünglichen Antrags Schulze (Aufhebung bloß der §§ 181 und 182) ergab. Damit war die Koalitionsfreiheit erdroßelt, ehe sie geboren war.

Der Regierung fiel es natürlich nicht ein, ihren tönenden Worten die That folgen zu lassen. Es war dasselbe freile Spiel mit leeren Versprechungen, wie beim Erlaß des Sozialistengesetzes und den kaiserlichen Votschaften von 1881 und 1884. Bismarck hatte „Größeres“ zu thun und der Bruderkrieg von 1866 mußte eingeleitet werden.

So blieb unter den nun folgenden großen politischen Ereignissen auf dem Gebiete der Wirtschafts-Gesetzgebung Alles beim Alten, bis im Jahre 1869

die neue Gewerbeordnung — formell die letzten Schranken des Koalitionsrechtes niederriß.

Im Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein vollzog sich im Laufe der Jahre allmählich, ganz entsprechend dem Anwachsen der Bewegung und der Entwicklung der industriellen Verhältnisse, eine Schwenkung gegenüber der Frage, welche Taktik auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Kämpfe einzuschlagen und welche Stellung zu den gewerkschaftlichen Organisationen einzunehmen sei. Anfangs gab es auf alle diese Fragen nur ein kategorisches Nein! Die Organisationsform des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins und die Agitation für das allgemeine Wahlrecht und die Produktiv-Assoziationen war die allerhöchste Zauberformel. Als aber Hirsch-Dunder an die mit verschiedenen Rassenvorteilen verknüpfte Organisation der Gewerbevereine herantrat, kamen die einsichtsvolleren Elemente im Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein zu der Ueberzeugung, daß auch sie im wirtschaftlichen Kampfe um die augenblickliche Besserstellung nicht zurückstehen dürften. Einzelne Lohnbewegungen schlugen schon damals hohe Bogen, lenkten die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich und demonstrieren die Unhaltbarkeit des Koalitionsverbotes für die Arbeiter. Namentlich war es der große Tuchmacherstreik in Burg im Jahre 1868; dort wurden auf Grund des famosen § 184 der preussischen Gewerbeordnung alle Teilnehmer an der Streikbewegung vor Gericht geschleppt, da es sich hierbei um die Arbeiter-Leibgarde der Fortschrittspartei in Burg handelte und diese schließlich den Uebergang der dortigen, sowie der Magdeburger usw. Arbeiter in's Lager der Sozialdemokratie befürchteten, so beschleunigten sie ihre Schritte zur Abschaffung der verhassten Paragraphen, und die Gewerbeordnung des Norddeutschen Reichstags brachte dann im nächsten Jahre die Koalitionsfreiheit.

Alle diese und eine Reihe ähnlicher Vorkommnisse, sowie die Furcht, die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften könnten doch die Arbeitermassen anlocken, hatten den Umschwung im Allg. d. A.-V. bewirkt. Die Leiter traten selbst an die Gründung von Gewerkschaften heran. Frißsche stand an der Spitze der Tabakarbeitergewerkschaft, Grottkau, Florian Paul, Körner, Finck, die beiden Kapellnahmen die Organisation der Bauhandwerker in die Hand, der allgemeine deutsche Tischler-Verband wurde von Vereinsmitgliedern gegründet, die aufblühende Industrie, die günstige Baukonjunktur, kurz die Nachfrage nach Arbeitskräften stählten die Angriffskraft dieser jungen Organisationen, die verhältnismäßig günstigen Lohnverhältnisse gestatteten auch eine gewisse Steuersfähigkeit.

Weit entfernt, eine Schwächung der politischen Aktionskraft im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein herbeizuführen, wie z. B. Tölcke und Andere annahmen, wurden diese Gewerkschaften vielmehr bald die Elitegruppe des Allgemeinen deutschen

Arbeiter-Vereins auch im politischen Kampfe und ganz besonders in finanzieller Hinsicht. Dennoch ging es nicht ohne heftigen Kampf ab. Noch auf der Generalversammlung von 1868 wollte Tölcke geradezu ein Verbot der Gewerkschaftsagitation und Gewerkschaftsgründung durchsetzen; und es bedurfte des ganzen Ansehens des Präsidenten v. Schweitzer, die Annahme dieses Antrages zu hinterreiben. Die Einberufung eines allgemeinen Arbeitertages nach Berlin speziell zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Propaganda vermochte Schweitzer bloß mit der Drohung durchzusetzen, daß wenn man ihm und Frißsche als Mitgliedern des Norddeutschen Reichstags diese Einberufung untersagen wolle, wie es Tölcke beantragt hatte, er dann die Präsidentschaft des Vereins niederlegen werde.

Nachher als im Allgemeinen deutschen Arbeitervereine und ohne Widerstreit gewannen die sogenannten „Eisenacher“ die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes und der gewerkschaftlichen Organisation neben dem politischen Kampfe. Man braucht zum Beweise bloß an den Namen York und dessen Gründung der Holzarbeitergewerkschaft, an die Gründer der alten Schuhmacher- und der internationalen Metallarbeiter-Gewerkschaft, des Spengler-Verbandes usw. zu erinnern. Nicht bloß die praktische Propaganda in und für die Gewerkschaften wurde von den Führern der politischen Bewegung geführt, auch die theoretische Aufklärung in der Presse ging damit Hand in Hand. Die Broschüre York's „über den industriellen Arbeitsvertrag“, Gebt's: „Normalarbeitsvertrag“, Hillmann's „Organisation der Massen“, Walster's „Internationale Gewerkschaften“ u. gehören zu den ersten Erzeugnissen unserer Parteiliteratur.

Nicht unerwähnt wollen wir hier auch die Thatfache lassen, daß sofort, als mit dem Gründerfrach 1873 der geschäftliche Niedergang eintrat und die Gewerkschaften an Mitgliederzahl und Agitationskraft verloren, der Streit — genau wie heute — darüber entbrannte, welche Form der Organisation diesen Niedergang verschuldet habe. Wie heute suchte man damals die Ursache in der äußeren Form. Der Gegensatz zwischen Eisenachern und Allgemeinen Deutschen hatte zwar von jeher schon die Streitfrage der nationalen oder internationalen Gewerkschaften aufgeworfen, aber da die Allgemeinen Deutschen in den Hauptindustriestädten: Berlin, Bremen, Hamburg, Frankfurt, Darmen wie überhaupt im ganzen Norden und im Rheinland und Westfalen dominierten, so blieb dieser Streit während der ganzen industriellen Hochfluth bedeutungslos. Sobald aber die Krisis die Gewerkschaften bezimmerte, ging der Kampf los: Die Gewerkschaften, die Fachvereine! Die Zentralisation, die lose Gegenseitigkeit! Und wie heftig der Streit ob dieser Worte entbrannte, darüber belehrt uns ein Blick z. B. in das Bitterer „Fell-

ellen" und die ebendort erscheinende „Tagwacht“. Treubruch und Verrath an der Arbeitersache bedeutete hüten und drücken die Wertheldigung und Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Organisationsform. Tout comme chez nous. Welleicht bringt diese historische Parallele den einen oder anderen Form-Fanatiker zum — Nachdenken.

Ungeachtet der Gegenfährlichkeit zwischen Eisenachtern und Dasselanern, zwischen Gewerkschaftern und Fachvereinslern herrschte aber über Zweck und Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung nur eine Auffassung, daß sie nur Mittel zum Zwecke sein und auch beim ausgebehntesten Umfang an der Klassenlage der Arbeiter nichts ändern könne: der politische Kampf um die Eroberung der Staatsgewalt zwecks Beseitigung des Klassenstaates und der Klassenherrschaft, der politischen wie wirtschaftlichen Ausbeutung und Unterdrückung dürfe darüber weder vernachlässigt noch in den Hintergrund gedrängt werden; umgekehrt seien aber die durch starke Gewerkschaften zu erzielenden Vortheile für die materielle und geistige Hebung der Arbeiterklasse so bedeutend und zahlreich, daß die politische Partei mit aller Kraft den gewerkschaftlichen Kampf und die gewerkschaftliche Bewegung unterstützen müsse.

Darüber war man in der Partei und in den Gewerkschaften einig, und es fiel Niemandem in der Gewerkschaftsbewegung ein, gegen die Partei den Vorwurf zu erheben, als trüge sie direkt oder indirekt an dem verhältnismäßig schwachen Stand der Gewerkschaften die Schuld, trotzdem nicht bloß Ende der 60er, sondern auch noch in den 70er Jahren einzelne Parteigenossen den Vorwurf erhoben, die Gewerkschaftsbewegung entziehe der Parteibewegung viel zu viel Kräfte und Zeit. Die Thatsachen und der bloße Blick auf die in der Gewerkschaftsbewegung an der Spitze thätigen Leute hätten damals einen solchen Vorwurf kurzerhand bligen gestraft.

Im gleichen Schritte, wie die Sozialdemokratie in der deutschen Arbeiterwelt Wurzeln faßte und die Massen eroberte, im selben Maße stieg auch die Gewerkschaftsbewegung. Eine von Parteikassirer Geib 1877 angefertigte Statistik der deutschen Gewerkschaftsbewegung ergab 30 Vereinigungen, darunter 25 Zentralverbände mit 1266 Zweigvereinen, die insgesamt 49,055 Mitglieder zählten. Rechnet man

dazu noch einige hier nicht aufgeführte Organisationen, so wird man auf 1300 Gewerkschafts-Vereinigungen mit rund 50,000 Mitgliedern kommen. Diesem organischen Wachstum machte im darauffolgenden Jahre das Sozialistengesetz ein jähes Ende. Wie alle politischen wurden auch alle gewerkschaftlichen Vereinigungen mit der Sense des Ausnahmengesetzes niedergemäht.

### Die wirtschaftliche Krise in Nordamerika.

Der von Indien ausgegangene Sturz des Silberpreises hat auf die ganze Weltwirtschaft drückend gewirkt, besonders mitgenommen davon werden aber die Vereinigten Staaten von Nordamerika als bedeutender Silberproduzent. Seit einem Vierteljahr ist dort in Folge der Silberkrise eine Geschäftstodung eingetreten, die sich in einer Verdreifachung der Bankrotte, Sperrung von Fabriken, Arbeiterentlassungen, Produktionsbeschränkungen und Arbeitszeit-Reduktion, sowie Lohnherabsetzungen manifestiert. Die Zahl der Arbeitslosen in den Industriezentren beträgt Tausende; so in New-York, Chicago, Philadelphia etc.

Nachtheilig beeinflusst werden naturgemäß alle Gewerbe- und Industriezweige, sowie Landwirtschaft und Handel, nur mit dem Unterschiede, daß die eine Gruppe mehr, die andere Gruppe weniger in Mitleidenschaft gezogen wird. Am meisten leiden nach den vorliegenden Berichten die Eisen- und Maschinenindustrie, die Textilindustrie, Kautschukproduktion, Schuh- und Lederindustrie und als Folge davon die Transportgewerbe (Eisenbahnen etc.).

Was speziell die Metallindustrie betrifft, so finden wir über deren gegenwärtigen Stand in der „New-Yorker Volks-Zeitung“ zahlreiche Nachrichten aus allen Theilen der Union. Die durch die großartigen Kämpfe vor zwei Jahren berühmt gewordenen Carnegie-Stahlwerke in Homestead waren längere Zeit geschlossen und wurden dann mit 2000 Arbeitern wieder eröffnet. 500 früher dafelbst beschäftigte gewesene Arbeiter blieben beschäftigungslos. In Kumbel-land (Maryland) war die Stahl- und Zinnblechwalzerei drei Monate lang geschlossen und bei der Wiedereröffnung wurde nur ein Theil der vorher beschäftigten Arbeiter wieder aufgenommen. Die Edison-Fabriken in Schenectady

(New-York), welche früher 4000 Arbeiter beschäftigten, zählen deren nur noch 2500 und weitere Entlassungen finden fortwährend wegen Mangel an Bestellungen statt und beschränkt man die gänzliche Betriebs Einstellung. In der am gleichen Orte befindlichen Lokomotivfabrik, wo 2000 Arbeiter beschäftigt wurden, arbeitete man nur noch fünf Tage in der Woche. Dann wurden die Löhne um 10 Prozent reduziert und jetzt ist die Fabrik ganz geschlossen. In verschiedenen anderen dortigen Fabriken, wo früher 1200 Arbeiter beschäftigt und die erst jetzt wieder geöffnet wurden, sind im Ganzen 150 Mann eingestellt worden. In allen Etablissements wurden die Löhne um 10 Prozent reduziert. Aus Youngstown (Ohio) wird gemeldet: Die Schließung der hiesigen Eisenwerke, in denen der Betrieb am 1. Juli eingestellt wurde, hat großes Elend unter der arbeitenden Bevölkerung verursacht. Mindestens 10,000 Arbeiter sind ohne Beschäftigung, und da die Leute seit drei Monaten nichts verdienten, fehlte es in den Haushaltungen an den nothwendigsten Lebensmitteln. Eine Missionsgesellschaft hat ein Kaffeehaus eröffnet, um die Arbeitslosen zu „unterstützen“. Ungefähr 200 Familien werden von den Missionären täglich mit etwas Nahrung versehen. Es sind mindestens 10,000 Dollars nothwendig, um das Elend unter den Arbeitslosen in geringerem Maße zu lindern. In einer großen Massenversammlung im Opernhaus wurde eine Subskription vorgenommen, die einen namhaften Betrag ergab. Einige Hochzeiten werden in den nächsten Tagen wieder in Betrieb gesetzt werden. In der Nägelfabrik der „Mahoning Valley Iron Compagnie“, die einige Monate geschlossen war, wurde Anfangs Oktober der Betrieb wieder aufgenommen.

In Bellaire (Ohio) wurden Anfangs Oktober die großen Stahlwerke, in welchen 1000 Arbeiter beschäftigt werden, nach dreimonatlichem Stillstand wieder eröffnet. Die Arbeitslöhne wurden um 15 bis 30 Prozent reduziert. An Stelle der Italiener und Ungarn wurden Amerikaner eingestellt.

Den Arbeitern der Oliver Iron u. Steel Works in Pittsburg wurde am 2. Oktober eine 10- bis 20prozentige Lohnreduktion angekündigt, worauf die Puddler sofort ausstanden. Ebenfalls wegen 10prozentiger Lohnreduktion stellten 40 Arbeiter der New-England Elektrolyte

Co. die Arbeit ein. In Pittsburg hat die dortige Metallarbeiter-Gewerkschaft gegenüber den weiteren Lohnreduktions-gelüsten der Fabrikanten erklärt, daß sie keine Reduktion mehr annehmen wird.

In Lynn (Mass.) wurde den Beamten einer Fabrik für elektrische Apparate, welche mehr als 1000 Dollars Jahresgehalt beziehen, eine 10prozentige Reduktion angekündigt. Ebenso wurden die Arbeitslöhne reduziert. Die Filiale der Illinois Steel Komp. in Joliet (Ill.) stellte die Arbeiter vor die Alternative: 88 1/3 Prozent Lohnreduktion oder Entlassung und dann Einstellung von Nicht-Unionleuten. Der Direktor behauptete, er könne alle Leute, die er braucht, für 1 Dollar per Tag bekommen. Die Eisengießerei von Parsons und Co. in Bridgeport (Conn.) hat ihren Arbeitern eine 10proz. Lohnreduktion angekündigt. Nach zweimonatlicher Schließung wurde in den Waggonfabriken in Newburghport die Arbeit wieder aufgenommen. In Phillipsburg (Pa.) wurde den Puddlern der Amerikan Sheet Mill der Lohn von 4 Dollars pro Tag auf 3,25 Doll. reduziert, worauf die Arbeiter ausstanden. Die Fabrik wurde sodann gesperrt und sind 100 Mann arbeitslos. Die Revolverfabrik in Springfield (Mass.) hat ihren Arbeitern, die über 1,50 Dollars per Tag erhielten, eine 10prozentige Lohnreduktion angekündigt. In Philadelphia wurden in den Penlohd Eisenwerken den 2000 Arbeitern die Löhne um 10 Prozent reduziert. Der Tagelohn der Puddler beträgt 3,25 Dollars. Als Ursache der Lohnreduktion wird die gegenwärtige Finanznoth, sowie die Unsicherheit bezüglich der kommenden Tarifgesetzgebung bezeichnet. Die bekannte Singer'sche Nähmaschinenfabrik in Ellsbeth hat eine größere Zahl ihrer Arbeiter entlassen. In anderen Fabriken an demselben Orte haben die Arbeiter alternativ sich für halbe Arbeitszeit statt für Annahme einer 10prozentigen Lohnreduktion erklärt und dies damit begründet, daß man unbedingt darauf bestehen müsse, daß die Löhne nicht reduziert würden, da man gewiß die volle Arbeitszeit einführen würde, so bald die Aufträge sich mehren. Dagegen erscheine es fraglich, ob die Gesellschaft, wenn sie die Löhne reduziert hat, bei einer bessern Geschäftslage dieselben wieder erhöht. — Eine jedenfalls sehr zutreffende Begründung.

Bei den Kouturen haben die Arbeiter vielfach Lohnverlusten erlitten und außer-

### Alltags-Elektrizität.

Der Elektrizität ist auf der Chicagoer Weltausstellung ein eigenes großes Gebäude gewidmet. Die Maschinen sind im Gang und werden, wo immer nur möglich, zur Hervorbringung von Effekten benutzt, welche die große Masse der Besucher anzusehen geeignet sind. Das ist besonders am Abend der Fall. Es kann meine Sache nicht sein, die wissenschaftliche Bedeutung der im Elektrizitätsgebäude vorgebotenen Objekte zu beurtheilen. Dazu wäre die Feder eines elektrischen Fachmannes und der Leserkreis eines elektrischen Fachblattes nothwendig. Ich möchte hier nur einige Objekte des Elektrizitätswesens besprechen, die wissenschaftlich gleichgültig sein mögen, für den Laien wegen ihres praktischen Nutzens, wegen der durch sie ermöglichten Verwendung der Elektrizität für die Zwecke des Alltagslebens interessant sind.

Am meisten hat mich, offen gestanden, die elektrische Schuhputzmaschine gefesselt. „Setzen Sie sich hier in den Stuhl“, so sagte mir Herr Nate V. Knight, der Erfinder der Maschine, „lesen Sie die Instruktion und ich garantiere, ehe fünf Minuten ablaufen, haben Sie Ihre schmutzigen Stiefel selbst blank gepulvt“. Der Stuhl, auf den ich mich setzte, war auf einer kleinen Tribüne aufgestellt. Vor

mir, gerade in Fußweite, stand ein etwa 3 Fuß hoher und 3 Fuß breiter Holzkasten, aus dem unten zwei Sturbeln herausstachen; an der einen befand sich eine harte, an der anderen eine weiche Schuhbürste, beide statt, wie gewöhnlich, auf einer Holzplatte, in Kreisform um die Sturbeln gelegt. Ich warf einen Nickel (5 Cents) in eine vorn an der Maschine befindliche Oeffnung. In diesem Moment leuchtete eine Glühlampe auf, und die beiden Bürsten unten begannen zu rotiren. Ich stellte nun zuerst den linken Fuß auf das links neben der harten Bürste angebrachte Steigeisen, die rotirende Bürste fragte den Kopf von der rechten Seite des Schuhs weg. Dann stellte ich den Fuß auf das rechts befindliche Steigeisen, im Nu war der Schmutz von der linken Seite weggerieben. Dann brachte ich den Fuß einen Moment lang vor, dann hinter die Bürste, und der Absatz und die Spitze des Schuhs waren gereinigt. Sodann stellte ich meinen Fuß in derselben Weise unter die weiche Bürste, und der Schuh wurde von allen Seiten mit der auf der Bürste aufgetragenen Schuhwische beschmiert. Dann ging es wieder zurück zur harten Bürste, und auch der Glanz kam auf den Schuh. Dann unterwarf ich mein rechtes Gehwerkzeug sammt Schuh derselben Prozedur. Es waren noch nicht 3 1/2 Minuten ver-

gangen, während welcher der Apparat für einen Nickel arbeitet, die Schuhe waren ausgezeichnet gepulvt. Ich hatte dabei bequem gesessen, nicht die Hände gebraucht, nur die Füße bewegt und diese durch die Augen dirigirt. Die Schuhputzmaschine ist ein elektrischer Automat, doch außerhalb der Ausstellung noch nicht in den praktischen Verkehr eingeführt. Die Erfinder derselben gedenken sie in Kaffeehäusern und Hotels in großen Städten aufzustellen und hoffen damit ein glänzendes Geschäft zu machen. Die Außenflächen des Kastens sollen für Annoncen vermietet werden.

Sehr praktisch ist die elektrische Thür. Es ist eine ganz gewöhnliche Thür. Nur eine etwa einen Meter lange Gummimatte, die unter ihr liegt, und die Drähte, welche, von der Gummimatte ausgehend, um die Thürpfosten herumlaufen, lassen auf etwas Besonderes schließen. Man tritt die Gummimatte. Die Thür öffnet sich von selbst. Man geht durch. Die Thür schließt sich von selbst. Es ist kaum zu bezweifeln, daß solche Vorrichtungen in Hotels, Restaurants und Kaffeehäusern bequem, in Küchen, Vorrathskammern und Speisekammern, in welchen die mit Nahrungsmitteln und Speisen beladenen Dienstmädchen und eingehen, von großem Nutzen wären. Sie ersparen die Hand beim Auf- und Zu-

machen. Ähnlich wie bei der Schuhputzmaschine wird das Wenige, was nothig ist, vom Fuß verrichtet.

Sehr zahlreich sind die elektrischen Apparate zum Schutz gegen Diebe und Einbrecher. Sie sind zum Theil auch in Deutschland bekannt, in Amerika aber bereits stark im praktischen Leben verwendet. Man hat solche sogenannte Burglar-Apparate zum Schutze der Kassen, der Thüren und Fenster von Häusern. Das Eindringen eines Fremden provoziert ein Glockensignal. Ein Apparat, Coat thief and pickpocket detector genannt, wird in der Tasche des Modes getragen und gibt ein Signal, sobald ein Unbefugter den Rock vom Kleiderrechen nimmt oder seine Hand in die Tasche steckt. Er soll die Winterrobdiebstähle unmöglich machen. Auch gegen die in Amerika so häufigen Feuersbrünste wird die Elektrizität in Form von Alarm-Apparaten verwendet. Es gibt verschiedene Systeme. Ich will eines der in Chicago ausgestellten beschreiben. Es beruht auf einem Quecksilber-Thermometer, der in einer kleinen Holzrossette luft- und wasserdicht eingeschlossen ist. Eine solche Rossette wird in jedem Raume des zu schützenden Hauses, in größeren Räumen werden zwei oder mehrere an der Mauer angebracht. Eingestellt wird die Rossette für einen gewissen als normal zu be-

dem auch dadurch Schaden erlitten, daß sie an manchen Orten statt mit Baargeld mit „zertifizierten Checks“ ausbezahlt wurden.

Es klingt wie die Idee aus einem Irrenhaus, wenn die Nachricht kommt, daß in diese allgemeine Krise hinein eine neugegründete große Aktiengesellschaft für Eisenerzproduktion am Erie-See ihre Arbeit beginnen wolle resp. bereits begonnen habe. Es soll da eine kolossale Stahlfabrik errichtet werden. Es wird angenommen, daß das neue Unternehmen sogar die gesamte Produktionsfähigkeit der Carnegie-Fabriken bedeutend übertreffen werde.

Diese Nachricht klingt, wie gesagt, ganz verrückt, ist aber in der kapitalistischen Gesellschaft doch sehr vernünftig. Gerade in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs, wo die kleinen und mittleren Unternehmer bezimert werden und wo selbst mancher der großen Unternehmer wankt und fällt, können die kapitalistischen Gole eine reichliche Ernte halten. Je größer die Zahl der Millionen, mit denen probuziert wird, desto sicherer und reichlicher der Erfolg. Geht die Kapitalkonzentration, die Aufreibung der Kleinen durch die Großen in normalen Zeiten nur mit einer gewissen, langsamen Gleichmäßigkeit vor sich, die Mancher gar nicht beobachtet, so vollzieht sie sich während einer Krise sprunghaft. In dieser raschen Konzentration, die ja am Ende den Umschlag von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktion zur Folge haben muß, erzeugt die Krise zugleich das Heilmittel gegen die nebenhergehende gesteigerte Noth des arbeitenden Volkes.

Die amerikanische Krise hat bereits auf Europa zurückgewirkt und in manchem deutschen Industriezweig macht sich diese Rückwirkung fühlbar, die wahrscheinlich sich noch schärfer äußern wird. Die amerikanischen Behörden haben aber kein unfruchtbares Gejäh über den Nothstand hören lassen, sondern denselben fast überall anerkannt und sich mit Abhilfe beschäftigt. Werden wir im bevorstehenden Winter, wenn wiederum wie im verflossenen Winter eine außerordentliche Nothlage zahlreicher Arbeiter vorhanden ist, abermals das unerquickliche Schauspiel behördlicher Ablehnung des Nothstandes erleben? Denkt man an den großen Mangel, der am Volke für die neuen Militärkosten vorgenommen werden wird, so ist eine Befreiung des Nothstandes schon aus logischen Gründen zu

trachtenden Temperaturgrad. Steigt nun — in Folge ausgebrochenen Feuers — die Temperatur über einen gewissen Grad, so kommt das steigende Quecksilber in der Rosette in Berührung mit einer Stahlschraube, wodurch der elektrische Kontakt hergestellt wird. Die Wirkungen davon sind: eine im Feuerwehrraum oder bei einem Wächter aufgestellte Glocke beginnt zu läuten, ein an der Mauer des Hauses auf der Straße angebrachter Zigelapparat zeigt das Stockwerk, in welchem der Brand ausgebrochen ist. Der Apparat soll in großen Office-Häusern, Hotels, Warenhäusern, Getreide-Elevatoren, Baumwollmagazinen verwendet werden. Er erspart die menschliche Arbeitskraft, denn er ist ein automatischer Wächter. Ob er funktioniert oder nicht, kann jeden Tag durch einen eigenen Kontrollapparat erprobt werden; das macht diese Vorrichtung besonders geeignet zur Grundlage von Feuerversicherungsgeschäften. Diesen Alarmapparat kann man übrigens auch zur Regulierung der Temperatur eines mit Luft geheizten Hauses benutzen, indem man ihn an dem Hausofen anbringt und auf die gewünschte Temperatur einstellt. Wird die überschritten, so ertönt die Glocke beim Hauswärter.

Sehr viel Aufmerksamkeit erregt der auf der Galerie des Elektrizitätsgebäudes aufgestellte Incubator von G. W. Ar-

erwarten. Man kann doch nicht einem nothleidenden Volke 100 Millionen Mark mehr als bisher abnehmen — darum kein Nothstand!

**Der britische Kohlentrust.**  
(„Sozialpolitisches Zentralblatt.“)  
(Schluß.)

Wie wird das Nettoeinkommen verwendet? In Abzug zu bringen sind die Kosten für den Arbeiterversicherungs fonds, für einen Tilgungsfonds und für einen Reservefonds zur Erschließung neuer Gruben an Stelle der erschöpften. Der Rest der Einnahme vertheilt sich wie folgt: 2 Proz. Zinsen für die Pfandbriefe, die den früheren Besitzern ausgestellt werden; eine Minimal-Dividende von 10 Proz. für die Aktien. Die Dividende darf mit Erlaubniß der Board of Trade, des Handelsamtes, — und diese Einsetzung einer staatlichen Oberaufsichtsbehörde ist das zweite unterscheidende Merkmal des neuen Trusts — bis zu 15 Proz. gesteigert werden, doch ist dieses Mehr an die Grubenarbeiter und Aktionäre „zu gleichen Theilen“ auszusütten. Niemals solle der Trust den Kohlenpreis höher halten, als nothwendig sei, um diesen Ertrag zu erzielen. Rechtfertigen aber die Umstände einen höheren Preis, dann dürfe nur das Handelsamt die Preissteigerung beschließen, und wenn auch dessen Unparteilichkeit nicht als über jeden Zweifel erhaben erscheine, dann könne die Oberaufsicht („the ultimate power of control“) Schlichtmännern übertragen werden, die der Lord Chief Justice, der Lord-Oberrichter, ernenne. Das konsumirende Publikum solle von dem 15 Proz. übersteigenden Gewinn ein Drittel in Gestalt eines Diskonts erhalten; in die übrigen bleibenenden zwei Drittel sollen sich Aktionäre und Arbeiter theilen.

Nach Elliot genügt die jetzige Ausbeute und der jetzige Durchschnittspreis, um 5 Prozent für die Obligationen und eine zehnprozentige Dividende zu zahlen. Der Kohlentrust könne, sobald zwei Drittel der Grubenbesitzer zugestimmt haben, ins Leben treten. Die Aussichten seien günstig. Deshalb sollten sich die Kohlenherren, meint Elliot, denn auch sträuben, da ihr Eigenthum viel gefestigter und einträglicher werde? Wie er berechnet, steigt unter dem Kohlentrust der Kapitalwerth der Grube vom Fünffachen bis Siebenfachen der Jahreseinnahme auf etwa das

ford-Chicago. Es ist eine Art von mit Wachsteinwand überzogener großer Trommel, 3 Fuß etwa im Durchmesser, 1 Fuß in der Höhe. Man thut gewöhnlich frisch gelegte Hühner Eier hinein. Nach 19 Tagen, d. i. 2 Tage früher als die Henne selbst es zuwege bringt, kriechen die lebenden Küchlein aus. Sie sind durch Elektrizität ausgebrütet. Man wird von selbst begreifen, daß dieser Prozeß immer in Anwesenheit einer Menge Scharlustiger vor sich geht, welche durch die angebrachten Glasfensterchen die Vorgänge im Incubator verfolgen. Da liegt ein Ei noch ganz intakt. Der Aufseher nimmt es heraus und schlägt es an, um dem Küchlein den ersten „Kampfungsbewegungen“ zu erleichtern; die Henne, sagt er, hilft ihren Küchlein in derselben Art nach. Ein anderes Ei wieder ist erst nur vom Aufseher angeschlagen, aber es beginnt bereits sich zu bewegen, das Ei fällt von selbst bald nach rechts, bald nach links hin, das Küchlein im Ei strebt offenbar, den Punkt zu finden, von wo aus es sich den Ausweg bohren kann. Bei anderen Eiern sieht man schon den Schnabel des Küchleins aus einem Riß in der Haut des Eies hervorragen. Das junge Wesen macht Anstrengungen, den Riß zu erweitern und die Schale zu sprengen. Nach jedem Versuch sinkt es ermattet wieder zurück, und auf der Haut

Zwangsgläse. Finanzpolitisch genommen kennzeichnet Elliot den Trust als einen ungeheuren Konversionsplan („an immense conversion scheme“).

In der That eine Konversion großen Stils! Das Kohlenkapital, der König der großen Industrie, konvertirt zum Kollektivismus, legt Zeugniß dafür ab, daß die Einzelwirtschaft nicht mehr den ungeheuren gewachsenen Produktivkräften Stand zu halten vermag und bekennt sich zu der Einsicht, daß allein die gemeinschaftliche Wirtschaftsweise das Feld behauptet. Die Macht der wirtschaftlichen Entwicklung führt zu einem bahnbrechenden sozialen Fortschritt, zur Syndizierung des Gewerbes. Die gesellschaftliche Produktion, wie sie innerhalb des modernen Einzelbetriebes herrscht, dehnt sich zur Gemeinschaft innerhalb einer ganzen Industrie, zu einer Gemeinschaft freilich, die zugleich einen Höhepunkt kapitalistischer Aneignung bezeichnet. Daß aber solche Verbindungen ins Dasein treten, beweist eindruckend die Unverträglichkeit der Produktionsweise mit den Produktivkräften. Wir haben Uebergangsercheinungen vor uns, in denen der unerschöpfliche Gegensatz zwischen dem absterbenden Setenden und dem jugendkräftigen werdenden besonders scharf hervortritt. Weil die alten Formen in Trümmer gehen, flüchtet die kapitalistische Welt zu Gestaltungen, in deren Schooß sich schon Keime zu einer neuen Produktionsweise entfalten. Um die Alleinherrschaft in einem Industriezweige kämpft der Kohlentrust; die Machtmittel des Besitzes in seiner Hand zu vereinigen, die Produktion und den Markt zu beherrschen ist sein Ziel. Erfüllt er diese Aufgabe, schafft er ein Monopol, wie es die Welt noch nicht gesehen — beträgt doch Englands Kohlenausbeute über ein Drittel der gesammten Kohlen-erzeugung des Erdrunds, ist die deutsche Kohlenproduktion ja noch nicht einmal halb so groß wie die Großbritanniens —, so wälzt er zugleich die ökonomischen Zustände um und eröffnet nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch einen neuen Abschnitt der sozialen Bewegung Englands.

Der Kohlentrust ist eine „Gesellschaft Monopolita“. Die weitköpfigen Geschäftsleute, die ihn planen, täuschen sich am Wenigsten über seine Tragweite und seine Aufgaben. Zu ihrem Vortheil will die Unternehmerschaft die Produktion regeln, den Markt beherrschen, die Preise bestimmen oder bedeutungsvoll wenigstens

des Eies spiegeln sich seine kampfhaften Athembewegungen wieder. Endlich, oft nach mehrstündigem Ringen, gelingt es dem Thier, aus seinem warmen Gefängniß auszubrechen. Mit der letzten Kraft streift es die ihm noch rückwärts anhängenden Eierschalen ab und verfällt dann erschöpft in einen kurzen Schlummer. Das Publikum, welches den Vorgang mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt hat, bringt dem Aufseher, der täglich an zwei Duzend Eiern, bezw. Küchlein, Mutterstelle vertritt, seine ironischen Glückwünsche dar. Haben die Küchlein sich ein wenig mit der Kunst des Gehens vertraut gemacht, so werden sie aus dem Brutkasten herausgenommen und in einen durch Aufschüttung von Sand künstlich erzeugten Hühnerhof gethan, wo jedes sich so lange seines Lebens erfreuen kann, bis eine Zuschauerin es — zum Preise von 25 Cent für 2 Stück — ankauft. Der Brutapparat ist sehr einfach konstruirt. Durch Elektrizität und Thermostat wird permanent eine Temperatur von 110 Grad Fahrenheit darin aufrecht erhalten und alles Uebrige besorgt die Natur und der Drang zum Leben selbst. Der Apparat wurde früher mit Kerolin geheizt. Erst seit kurzem hat ihn der Erfinder für die Elektrizität adaptirt, und in dieser Form ist er auf der Chicago-Ausstellung zum ersten Mal einem größeren Publikum zu-

beeinflussen. Man ist es müde, sich wehrlos den Nachschlägen der Produktionsanarchie auszusetzen, im ängstlichen Wettbewerben einander zu verderben, aus der Ueberproduktion in die Geschäftsstockung unvermittelt überzugehen. Sich befestigen heißt sich verbinden. Jetzt haben die Grubenherren noch die Macht in Händen. Kartelliren sie ihr Gewerbe nicht, so bereitet vielleicht das Gemeinwesen den unhaltbaren Zuständen ein gewaltsames Ende und enteignet als oberster Grundherr seine Lehensträger. Eine Industrie, die von solch ausschlaggebender Wichtigkeit für den gemeinen Nutzen ist, wie die Kohlenindustrie und zugleich die Vorbildungen für die Zentralisation der Betriebe so gut erfüllt, räumt zuletzt auch mit überkommenen Lehmeinungen der politischen Oekonomie in ihrer Heimath auf. Wird nicht vertraut, so wird verstaatlicht.

Indeß der Kohlentrust treibt auch Sozialpolitik. Die festländischen Kartelle lieben es, sich und ihr Treiben in ein tiefes Dunkel zu hüllen; wo sie an die Öffentlichkeit treten, offenbaren sie sich als Unternehmerverbände, die in scharf zugespitztem Gegensatz zur Arbeiterschaft stehen. In England, wo die bürgerliche Politik mit den Arbeitern rechnet und mit ihnen als von Macht zu Macht verhandelt, wird der Kohlentrust von seinen Urhebern als Mittel der sozialen Reform bezeichnet: die Arbeiter werden zur Verwaltung herangezogen, man verspricht ihnen einen gewissen Gewinnantheil. Das ist zum Mindesten Sozialreform — auf dem Papier. So gering wir den thatsächlichen Werth des den Vergleuten gemachten Zugeständnisses anschlagen, das Zugeständniß zeigt trotzdem den grellen Unterschied zwischen englischer und deutscher Kapitalistenpolitik. Jene sucht sich mit den Vergleuten ins Einvernehmen zu setzen, die deutschen Grubenherren aber, wie der 1889er Ausstand gelehrt hat, „verhandeln mit Arbeitern nicht“. Die Zeitung des deutschen Kohlenverkaufsvereins, zum Theil von den Arbeitern gewählt, das wäre ein Majestätsverbrechen für unsere Grubenfeudalität. Dafür sind die Engländer um so nüchternere und aufgeklärtere Leute, denn sie haben mit einer Arbeitergruppe zu thun, die die bestorganisirte der Welt ist.

Trotz alledem hat es auch dieser britische Knappenschuß in sich. Die Arbeiter dürfen freilich die Mitglieder der Bezirksausschüsse wählen, aber nicht aus ihrer Mitte. gänglich gemacht worden. Große Anziehungskraft übt auch das elektrische Klavier aus, welches von einer französischen Firma Jacques Mannann-Paris hergestellt ist. Es arbeitet vermittelt einer durchlöcheren Papierrolle automatisch. Man legt die Papierrolle ein, stellt die elektrische Verbindung her und die Tasten beginnen sich zu bewegen, die Saiten zu schwingen und die Melodien entquellen dem Instrument. Ganz vollkommen scheint der Apparat immerhin noch nicht zu sein, da die junge Dame, welche ihn überwacht, fort und fort mit der Glathaltung der sich fort-schleudenden Papierrolle beschäftigt ist.

Praktisch sind die Hotel-Apparate, welche mit Elektrizität arbeiten. Da ist ein Call-Apparat, bestimmt zum Wecken der Gäste am Morgen. Diese Thätigkeit nimmt bekanntlich mit den dabei nothwendigen Laufereien und Thürklopfereien in großen Hotels den Dienern gerade zur goldenen Morgenstunde sehr viel Zeit weg. Vermittelt durch Elektrizität ist nun der Hotelkellner in der Lage, von der Office aus die Gäste zu „callen“, natürlich vermittelt eines elektrischen Läuteapparats, der von der Office aus in jedes Hotelzimmer führt. Ein anderer Apparat ermöglicht es dem Gast, von seinem Zimmer aus der Hoteldienerschaft Aufträge zu geben. In jedem Zimmer hängt nämlich eine kreisrunde Tafel, auf welcher, äh-

Wählen dürfen sie, aber „nach einem bestimmten Verhältnis“. Wie und von wem das „Verhältnis“ bestimmt wird, darüber schwelgt weislich der Entwurf. Sicher ist nur, daß kraft dieses Wahlrechts die Grubenkapitalisten den Ausschlag geben.

Haben die Arbeiter die Wahl ihrer managers vollzogen, so ist es mit der Wahlherrlichkeit zu Ende, die Bezirksausschüsse und der über dem Ganzen thronende Zentralrat, auf den die Bergleute gar keinen Einfluß haben, schalten und walten nach eigenem Ermessen. Im besten Falle ist die Wahl eine bedeutungslose Förmlichkeit.

Sobald die Bezirksausschüsse in Tätigkeit treten, beginnen auch schon die Reibungen zwischen Kohlengräbern und Kohlenherren. Die ausgesprochene Absicht des Trusts ist es, für die Gesamtheit der Werke einen möglichst gleichen Lohnsatz festzusetzen. Mit der verschwommenen Erklärung, der Lohn solle im Vergleich zu anderen Gewerben „liberal“ sein, ist nichts gethan. Gelingt es der vereinigten Unternehmerschaft, die Lohnungleichheit durchzuführen, so geschieht dies im Interesse der Aktionäre. Das heißt, man wird versuchen, einen Maximallohn festzulegen, der die Arbeitseinkommen der Grubenleute an eine bestimmte Grenze bannt. Je niedriger die Grenze, desto höher der Gewinn, desto sicherer die Minimumdividende und der Pfandbriefzins. Wird ein Durchschnittsbetrag berechnet, so versteht es sich, daß nicht die Löhne der bestbezahlten, am Günstigsten gestellten Arbeiterschichten, sondern die der schlechtgelohnten Gruppen der Aufstellung zu Grunde gelegt worden. Die Gleichmacherei der Löhne, wie sie der Elliot'sche Entwurf vorschlägt, brückt die Löhne und senkt die Lebenshaltung der Bergarbeiter, deren Leistungsfähigkeit und organisatorische Kraft dadurch geschädigt werden. Eins freilich wäre erreicht. Da der Trust nicht bloß die Löhne, sondern auch die Arbeitsbedingungen im ganzen Königreich egalisiert, wirft er mit einem Ruck zugleich die Schranken über den Haufen, die heute noch die Grubenleute der verschiedenen Bezirke trennen. Fällt der Unterschied in der Arbeitsweise, der Arbeitsdauer, der Lohnungsart, der Northumberland und Durhams Häuer von den Knappen Yorkshire und Lancashire scheidet, so wird zugleich der Interessengegensatz zwischen den Bergleuten selbst von Grund aus enturzelt. Ein verhängnisvoller Zwiespalt, wie er auch jetzt wieder im Aus-

stande zu Tage trat, ist dann unumgänglich, die Gemeinsamkeit der Interessen an Stelle des Eigenen und des Eigenbündels erfüllt die gesamte Bergarbeiterschaft Großbritannien mit dem zu ersprießlichem Fortschritt notwendigen Klassenbewußtsein.

So treibt der Kohlentrust Sozialpolitik wider Willen, indem er die Grubenarbeiter zu engerer Gemeinschaft und die Gewerkschaftsbewegung zu einer reinen Klassenpolitik zwingt.

Für die Gewinnbeteiligung der Grubenleute gilt das, was grundsätzlich gegen die Gewinnbeteiligung überhaupt einzuwenden ist. Sie ist nur ein Anreiz zu angespannter Arbeit im Interesse der Besitzer und stellt eine versteckte Form des Akkordlohns dar. Wann tritt sie überhaupt ein? Nachdem fünfzehn Prozent für die Aktionäre aufgebracht sind. Wie gering ist der Anteil der Tausende von Arbeitern, verglichen mit dem des Besitzers! Und hängt es nicht vom Belieben des Trusts ab, ob jene 15 Prozent erreicht werden? Kann er nicht die Aktien verwerflichen und so von vornherein die Aktionäre doppelt bevorzugen? England ist doch die klassische Heimath für den Kniff des „watering the stock“.

Von dem Rabatt zu reden, der den Verbrauchern gewährt werden soll, verlohnt sich nicht.

Ein geradezu genialer Kunstgriff aber ist die Staatsaufsicht. Sir George sagt es offen heraus, daß das Handelsamt zwischen zwei Feuern stehen werde. Auf der einen Seite drängen die Aktionäre und Arbeiter, auf der anderen die Konsumenten; jene hätten ein Interesse an hohen, diese an niedrigen Kohlenpreisen. Der Trust wälzt die Verantwortlichkeit für die Preisbewegung auf die Schultern des Board of Trade, der ihm gegen die öffentliche Kritik als willkommener Puffer dienen soll. Der Gewinn ist hoch, er übersteigt 15 Prozent, aber das Handelsamt hat die Superdividende genehmigt. Nun ist der Preis für Kohle gestiegen, die Verbraucher klagen. So mügen sie einen Entlastungssturm gegen das Handelsamt entfesseln, das den Preis erhöht hat. Welche Regierung wohl in diese Mausefalle gehen wird? Und so sicher auch die Festigkeit der Preise sein wird, wann werden sie so tief sinken, daß sie den Aktionären nicht die Maximumdividende abwürfen?

Ist die Sozialpolitik des Trusts ein

Wie die Ziffern auf dem Ziffernblatt der Uhr, die gewissen immer wiederkehrenden Wünsche der Gäste verzeichnet sind, z. B. Wasser, Schreibzeug, ein Glas Heißes Monopol extra Dry, Bote, heutige Nummer des „Herald“ u. s. w. Auf dem Blatt ist ein Zeiger angebracht. Diesen stellt der Gast, nachdem er auf einen Knopf gedrückt, auf das Wort ein, das seinen Wunsch formuliert, und die Elektrizität theilt das direkt dem Offizier mit, ohne daß ein Diener die zwölf Stockwerke hätte hinaufsteigen müssen. Ich habe in einem New Yorker Hotel einen solchen Apparat, Teleseme (gespr. Telesim) genannt, gesehen, auf dem über hundert Wünsche ausgedrückt werden konnten. Der Apparat arbeitet vortrefflich, minder die Dienerschaft. Daß ein solcher Apparat, wenn die Dienerschaft folgsam ist, auch dem Gast Zeit erspart, und in jedem Fall dem Wirth eine ökonomischere Ausnutzung der Dienerschaft ermöglicht, liegt auf der Hand.

Als industriell werthvoll mag sich ein anderer neu erfundener Apparat erweisen, der gleichfalls auf der Ausstellung zu sehen ist. Es ist das Tischschneidemaschine. Sie ist bestimmt, in den großen, fertige Kleider in Masse erzeugenden Fabriken die theuerste Arbeitskraft, den Zuschneider, theilweise überflüssig zu machen. Es ist ein scharfes

Messer, welches in einer einem Gehäuse ähnlichen Handhabe, durch Elektrizität getrieben, auf- und abläuft. Nehmen wir an, es wären die Rock-Rückenstücke für dreißig gleiche Anzüge zuzuschneiden. Man nimmt 30 Stoffstücke und legt sie, jedes in Doppellage, übereinander. Auf dem obersten zeichnet dann der Zuschneider die Konturen des halben Rock-Rückenstücks mit Kreide auf. Der Paß von 30 Doppellagen Stoff wird nun vor die Tischschneidemaschine gebracht, diese schneidet sich sofort in das Tuch ein, und indem man die Stoffmasse der Kreidzeichnung entsprechend an dem Messer vorbeiführt, werden 30 Rock-Rückenstücke oder 60 Stofflagen in Einem zugeschnitten. Die Maschine arbeitet mit einer Kraft und Präzision, die der menschlichen Hand völlig unerreichtbar sind. Das Messer schneidet, wie bemerkt, 60 Stoff- oder bis zu 225 feiner Leinwandlagen auf einmal durch. Es kann ebensogut wie in der Kleider- auch in der Wäschefabrikation verwendet werden. Das Messer geht nicht nur horizontal ab- und aufwärts, sondern gleichzeitig auch ein wenig aus- und einwärts; durch diese Anordnung wird die sonst drohende Verfrümmung des Stoffes beim Schneiden vermieden. Die Elektrizität wird der Maschine auf einem in der Luft befindlichen Metallstangen geleitet, an dem

für seinen Aufbau bedeutungsloser Zierath, so erscheint die Staatsaufsicht als Staatsbürgschaft für die Stetigkeit einer grandiosen Plusmacherei. Scheidet man aber auch Weides aus, der Grundgedanke des Elliot'schen Vorschlags wird verwirklicht werden.

Ein Trustkartell erstreckt mit ungeheuren Mitteln, Herrscher über eine Weltindustrie, in seinem Dienste eine Million Arbeiter. Eine Million, die zum Theil schon organisiert ist, die unter dem Druck des Trusts und, fügen wir hinzu, unter dem Schutze der britischen Gesetze sich vollends zu einem noch nicht dagewesenen Kampferbände einen wird. Ein Trustkartell, das Handel und Wandel revolutionirt, das die große Welt der Verbraucher in Bewegung setzt und die Gleichgültigsten interessiert, weil das Interesse auch der Gleichgültigsten in Frage kommt.

Wird es gelingen, die Unternehmer jetzt schon unter einen Hut zu bringen?

Darüber entscheiden die Umstände, kein Zweifel aber, daß diese Generation noch den Kohlentrust erleben wird.

Berlin. Bruno Schulzant.

### Die Sozialdemokratie verdirbt — die Lehrlinge.

Das ist die Quintessenz eines Artikels, welchen die alte Klatschbase am Rhein, die „Kölnische Zeitung“, vor einiger Zeit ihren zum Gruseln geneigten Lesern aufschickte und der dann, da die in ihm enthaltene politische Vorurtheil und Niedertracht so prächtig mit dem im künstlerischen Lager gehegten Ansichten übereinstimmt, von der „Allgemeinen Handwerker-Zeitung“ als willkommenes Futter für ihren Leserkreis abgedruckt wurde. Unter der Ueberschrift: „Sozialdemokratie und Arbeitstüchtigkeit“ wird da dem gläubigen Publikum vorgefunkelt:

„Bescheidenheit und Selbsterkenntnis sind die sozialdemokratischen Tugenden gewesen. Im Prophetentum wird auch in der gegenwärtigen bewegten Zeit von der Sozialdemokratie verkündet, daß nur von ihrem Gebeten und dem ihrer Anwälte das Glück der Menschheit abhängt. Die Ueberhebung, mit der diese Partei gegenwärtig auftritt, wirkt auf schwache Köpfe zunächst verblüffend. Nur bei ihr ist heute noch echte Wissenschaft zu finden. Was sich nicht im Idealkreise der Sozialdemokratie bewegt, gehört einer überwundenen Bildungsstufe an; Gedanken, die sie nicht geprägt hat und nutzen kann, sind ihr verächtlich als Ausflüsse der Weltanschauung des „verrottenen Klassenstaates“. Nur die sozialdemokratischen Weisen stehen auf der Höhe der Wissenschaft und der Erkenntnis unseres Zeitalters, nur die sozialdemokratischen Politiker sind von wahrhaft staatenmännlichem Geiste besetzt, und selbst die sozialdemokratischen Arbeiter sind nicht

ein Metallwagen beweglich angebracht ist, der durch eine Kette mit dem Schneidapparat selbst, der auf dem Tisch liegt, verbunden ist. Es ist sozusagen eine elektrische Bahn mit Oberleitung zum Tischschneiden. Bei Verwendung von etwa 1/3 Pferdekraft und 60 Volt Spannung macht das Rad 2500, bei 110 Volt 5000 Umdrehungen in der Minute. Die Alltags-Elektrizität, speziell diejenige, welche im Hause zum Betrieb der Nähmaschine, des elektrischen Fächers, der Burglor-Apparate u. s. w. verwendet werden soll, erzeugt das Bedürfnis nach kleinen billigen Batterien. Auch solche sind im Elektrizitätsgebäude ausgestellt.

Neben all' den erwähnten und noch vielen anderen ernstlichen elektrischen Apparaten enthält der der Elektrizität gewidmete Palast in Jackson-Parl noch manche minder ferliche Ausstellungen. Besonders merkwürdig ist die allernueste Erfindung des D. Pratt, das elektrotherapeutische Klavier. Es hat nur zwei Oktaven Tasten und keinen Ton. Indem man verschiedene Tasten gleichzeitig drückt, führt man einen elektrischen Strom in die spielende Hand ein, der die Streckmuskeln stärken soll und beschleunigen Klavierspielern zur Erhaltung und Stärkung ihrer Fingerkraft empfohlen wird. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß alle diese Dinge stark an Kurpfuscherei streifen. („F. B.“)

gut, schlecht und mittelmäßig in ihrer gewerblichen Brauchbarkeit, sondern sie sind auch in dieser Beziehung die „Elite“ und den nicht zur rechten Bahne schwebenden Erwerbsgenossen „überlegen“. Denn die Sozialdemokratie ist das politische Arianum, das die Menschen zu Engeln macht, den Boten zum auserlesenen Geist umwandelt und alle niederen Triebe lütert.

„Wer die Sozialdemokratie nicht nur im Sonntagsgewande kennt, der weiß, wie wenig Wahrheit jenes schweichelische Gemälde enthält. Die sozialdemokratische Wissenschaft hat im letzten Reichstage bestanden wie der lebende Leinwand Jobb im Kreuzverhör — ist die gewerbliche Tüchtigkeit der sozialdemokratischen Arbeiter ebenso viel werth oder hat diese Partei wirklich darin recht, daß ihr die auserlesenen, die tüchtigsten und leistungsfähigsten unter der Arbeiter vorwiegend folgen? Seit Bassalle's Zeiten wird diese Behauptung aufgestellt, die sie stets mit Nachdruck in Rede und Schrift verteidigt. Aber es wird eine unrichtige Behauptung nicht wahr, wenn sie hundertmal mit der Kraft robuster Lungen wiederholt wird. Bis jetzt ist die Sozialdemokratie den Beweis dafür schuldig geblieben, daß bei ihren Anhängern gewerbliche Tüchtigkeit in ganz besonderem Maße zu finden sei; doch ist es keineswegs schwierig, innerhalb gewisser Grenzen das Gegentheil der sozialdemokratischen Behauptung zu beweisen, zu beweisen, wie in manchen gewerblichen Bezirken mit der Ausbreitung der sozialdemokratischen Lehren auch die Klagen über zurückgehende gewerbliche Tüchtigkeit und Leistungskraft der Arbeiter sich gesteigert haben.

Die Erklärung ist leicht. Die Sozialdemokratie packt bei den meisten ihrer ausgesprochenen Anhänger den ganzen Menschen. Sie nimmt die geistigen und seelischen Kräfte des jungen Arbeiters durchaus gefangen und erweckt in ihm ein völlig falsches Ehrgefühl. Der Wissensdurst und die Thätigkeit dieser Arbeiterjugend richtet sich nicht so sehr auf tüchtige Leistung innerhalb des gewählten Berufs, auf Erwerbung schätzbare Handwerkerkenntnisse, sondern auf die „Idee“ und ihre Verwirklichung und bei den „Fortgeschrittenen“ auf agitatorische Kräfte und Wpiffe. Nicht Berufstüchtigkeit und persönliche Ehrenhaftigkeit gilt als höchste Ehre, sondern die Befähigung, im Kreise der Genossen als politisch „Aufgeklärter“ das Wort führen zu können; Uebegabe wird höher geschätzt, als gute bürgerliche Eigenschaften.

Wenn auch ein derartiger junger Arbeiter in seinem Beruf nicht einmal die breitesten Mittelmäßigkeiten erreicht hat, so hält er sich doch für reich und berechtigt, über die schwierigsten Fragen des Staatslebens und der Wissenschaft mit einer Bestimmtheit abzuurtheilen, durch die sich die Halbgebildeten stets auszeichnen. Und je schroffer das Urtheil, je größer der Beifall. Die Versammlungshege, die unablässige Schätzung der politischen Leidenschaft, die Vollaufproppung Unerfahrener mit großartigen Vorstellungen vom Zukunftsstaat und mit den schättesten Meinungen über unsere gegenwärtigen Verhältnisse, die ununterbrochene Inanspruchnahme der Köpfe und Geldbeutel im Dienste der Sozialdemokratie verleiht den jungen Arbeitern die Luft, zu lernen. Sie ergeben sich dem politischen Wummel. Jede besondere gewerbliche Anstrengung, jede Anspannung der Kräfte über das hergebrachte Maß hinaus erscheint ihnen sofort als eine Verflüchtigung an den Menschenrechten, von denen sie vielfach Vorstellungen haben, wie der Botoleude von der Differentialrechnung.

Die alten sozialdemokratischen Arbeiter erwarben ihre gewerblichen Fähigkeiten bereits zu einer Zeit, als die Geister noch nicht unter den Gluthstrahlen der „großen Idee“ standen, als es noch nicht Sitte war, neben dem Arbeitsgerät auch die sozialdemokratische Broschüre liegen zu haben und es auch noch nicht als eine Ehrensache für den jungen Arbeiter betrachtet wurde, in jede sozialdemokratische Versammlung zu treten. Gern kann man erwähnen, daß bei jenen alten Arbeitern, trotz ihrer politischen Anschauung, noch vielfach gewerbliche Tüchtigkeit, Emsigkeit und Sorgfalt zu finden ist, die jüngeren Sozialdemokraten zeichnen sich meistens durch das Gegentheil aus.“

Als Beweis für diese Behauptungen führt der Artikelschreiber dann eine Reihe von Auslassungen aus den bekannten Handwerkskammerberichten an, in welchen über „verminderte Leistungen der Arbeiter“, „Mangel an wirklich tüchtigen und geschulten Arbeitern“ usw. gemauert wird und ferner „Klagen über mangelnde Arbeitswilligkeit und die Zunahme sozialistischer Gesinnung“ geführt werden. Schließlich heißt es:

„Ein sächsischer Webwaren-Großfabrikant berichtete uns, der politische Elfer

der Weberarbeiter verhindern diese häufig, eine tüchtige Berufsbildung zu erlangen, der fortwährende Wechsel mit Arbeitsstätte und Beschäftigung sei diesen Arbeitern hinderlich zur Erreichung einer Vollkommenheit in irgend einem Beruf. „Wirker von so großer Tüchtigkeit wie früher gibt es nicht mehr“, schrieb bereits vor längerer Zeit ein sachliches Fachblatt. „Es ist leider nicht zu hoffen, daß wir am Ende dieser Klagen stehen. Und dieselben werden erhoben in einem Lande, dessen Arbeiterbevölkerung wegen ihrer Unfestigkeit, Strebsamkeit und Willigkeit in früheren Zeiten hoch geschätzt wurde, sie werden erhoben gegen eine Arbeiterbevölkerung, die seit Jahrhunderten gewerblich erzogen und geskult ist, für deren sachliche Ausbildung auch heute Staat und einzelne Körperschaften erhebliche Summen aufwenden. Die Umwälzung unseres Erwerbslebens, welche manche Arbeiter zeitweilig aus ihrem eigentlichen Berufe reißt und anderen Erwerbszweigen zuführt, ist nur zum geringen Theile Ursache, daß sich Geschick, Leistung und guter Wille vermindern. Doch das vielfach vöthige Aufgehen der Persönlichkeit im politischen Radikalismus erdrückt die Berufsfreudigkeit, die Lust zum ernstlichen Lernen, lockert die gewerbliche Zucht. Es ist in dieser Hinsicht bezeichnend, daß jene Klagen namentlich aus einem so stark sozialdemokratisch durchwühlten Lande wie Sachsen kommen, und es gibt zu denken, daß es hier besonders wieder die rotheste Bezirke sind, in denen sie erhoben werden. Es scheint uns, daß der Einfluß der Sozialdemokratie nach der erörterten Richtung noch zu wenig gewürdigt ist.“

Es höre unsere Leser selbstigen, wenn wir sämtliche in dem vorliegenden Wochenspiegel enthaltenen Abersheiten und Verleumdungen einer Kritik unterziehen wollten; die Virtuosität der „Königlichen“ im Lügen und Verbrechen ist ja allgemein bekannt. Hervorheben wollen wir jedoch zunächst, daß die Anzeigen der Unternehmer aus Handelskammerberichten von einer Reihe von Jahren hant durcheinander gewürfelt worden sind und daß ferner diese Unternehmer wohl über die „abnehmende Tüchtigkeit“ der Arbeiter jammerten und jammern, jedoch ohne für dieses angebliche Faktum die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen. Dieser im Interesse der bekannten „Wahrheitsliebe“ der „Königlichen Zeitung“ von letzterer gemachte Zusatz beweist aufs Neue die Verfihle sowohl dieses Organs als auch der geistesverwandten Blätter. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß bei den richtigen Fortschritten im Maschinenwesen in den meisten Industrien eine eigentliche Fachbildung des Arbeiters immer weniger erforderlich ist und außerdem bei dem heutigen Stande des Volksschulwesens und des gewerblichen Fortbildungsunterrichts in den meisten deutschen Staaten und bei unter den Arbeitern herrschenden Misere an eine alle Arbeiter umfassende gewerbliche Ausbildung gar nicht zu denken ist. Dazu, und zwar als Hauptfache, kommt aber der Haß der Großindustriellen gegen die an und für sich so geringfügigen Bestimmungen unserer Arbeiterschutzgesetzgebung, nach welchen jugendliche Arbeiter nicht länger als zehn Stunden in Fabriken beschäftigt werden dürfen. Die Großindustriellen beschäftigen daher wenige oder gar keine Lehrlinge. Und die kleinen Fabrikanten, Innungs- und sonstigen Meister? Die züchten Lehrlinge über Lehrlinge, man frage aber nur nicht wie? Die Handelskammerberichte, zusammengestellt und verfaßt von den eragirtesten Vertretern der Interessen des Großkapitals und des selbstständigen Gewerbestandes, erzählen freilich von diesen Verhältnissen nichts, und die Unternehmerpresse hütet sich auch wohlweislich, die auf dem Gebiete des Lehrlingswesens grassirende Ausbeutung an's Tageslicht zu ziehen, sondern beide stellen die Thatsachen im Interesse der von ihnen vertretenen Stände auf den Kopf und verbreiten eine tendenziöse Unwahrheit über die andere unter dem albernem Märchen von der „berufsmäßigen Verpehung der Arbeiter durch die Sozialdemokratie“. Die sozialdemokratische Presse aber würde einen schweren Stand bei der Aufdeckung der beregten Mißstände haben, wenn sie nicht die Berichte wahrheitsliebender Fabrikinspektoren als unumstößliches amtliches Beweismaterial in's Feld führen könnte. Und dabei stehen die „handwerksmäßigen“ Betriebe nicht einmal unter der Aufsicht der Fabrikinspektoren.

Es bleibt also schon dabei, die „Königliche Zeitung“, sowie die „Allgemeine Handwerker-Zeitung“ wollten mit ihrem Artikel in gewohnter Weise gegen die Sozialdemokratie gehen und derselben durch plumpe Tatsachenspielerkünste die Sünden des Kapitals in puncto gewerblicher Ausbildung der Arbeiter in die Schuhe schieben. Bekanntlich kann ein Gaukler aber nicht scharfer blamirt werden, als wenn man die Nichtigkeit seiner angeblichen Künste dem zuschauenden Publikum

aufdeckt, und das soll hiermit dieser verlogenen Presselippschaft gegenüber gesehen sein.

### Die Frage, ob zur Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation hohe oder niedere Beiträge erforderlich sind,

wird gegenwärtig in mehreren Gewerkschaften lebhaft erörtert und können wir die Beobachtung machen, daß manchmal gesagt wird, durch niedere Beiträge wäre es eher möglich, die den Organisationen noch Fernstehenden an diese heranzuziehen, schreibt die „Buchhändler-Zeitung“. Darüber ist man aber übereinstimmend einig, daß den Mitgliedern im Falle der Hilfsbedürftigkeit etwas geboten werden müsse. Wie das aber bei niederen Beiträgen zu erwidern sein soll, das können die Verantwortlichen derselben nicht nachweisen. Auch in unserer Organisation hat es nicht an Stimmen gefehlt, die dafür plaidirten, möglichst niederen Beitrag zu erheben, aber möglichst viel den Mitgliedern dafür zu bieten; bei Erhöhung der Beiträge würde ein bedeutender Rückgang der Mitgliederzahl in Aussicht gestellt. — Nun, die Beiträge wurden erhöht, eine Verminderung der Mitgliederzahl ist heute aber nicht vorhanden, im Gegentheil, es ist eine stetige Vermehrung zu konstatiren. Der in einigen Orten anfänglich erfolgte geringe Ausfall an Mitgliedern ist nicht nur bald wieder ergänzt gewesen, auch eine nicht unbedeutende Anzahl weiterer neuer Mitglieder ist in den wenigen Monaten seit Mat, und trotz der in den Sommermonaten besonders ungünstigen Geschäftszeit bei der Buchhändlerzeit, gewonnen worden. Das ist doch der beste Beweis, daß nicht durch niedere Beiträge neue Mitglieder den Gewerkschaftsorganisationen zugeführt werden, sondern durch das, was eine Organisation ihren Mitgliedern bietet. Nicht der Geist allein, auch nicht der fortgelegte Hinweis auf die Nothwendigkeit des engen Zusammenschließens zur Führung des wirtschaftlichen Kampfes allein ist im Stande, die Fernstehenden zur Organisation heranzuziehen, sondern auch direkt materielle Vortheile müssen geboten werden. Das ist eine Thatsache, welche sich nicht hinwegdisputiren läßt, sondern mit der zu rechnen ist. Wer aber dennoch glaubt, mit geringeren Opfern viel in materieller Beziehung erreichen zu können, und wer da glaubt, die Gewerkschaftsorganisation sei in der Zeit des wirtschaftlichen Rückgangs ohnmächtig — weil sie momentan nicht große äußerliche Erfolge aufweisen kann — und der Mühen und Opfer nicht weicht, oder wer der Meinung ist, er brauche die Hilfe der Organisation seiner Berufsgegenossen nicht und erfülle seine Pflicht als denkender Arbeiter voll und ganz, wenn er auf dem Kampffeld der politischen Partei etwas mit thätig ist — die Gewerkschaftsorganisation also links liegen läßt, — der befindet sich in schwerem Irrthum und bedarf der Aufklärung.

Zur Aufklärung trägt aber viel bei, wenn die in der Arbeiterpresse niedergelegten Gedanken über hochwichtige Fragen, wie eine solche in der Einleitung dieser Ausführungen enthalten ist, auch zur Kenntniß möglichst großer Kreise der Arbeiter gelangen. Solche allgemein beachtenswerthe Gedanken finden wir in einem längeren „Partei- und Gewerkschaftsbewegung“ betitelten Leitartikel des „Hamburger Echo“. Zu besagtem Artikel ist ausgeführt:

„Gewiß sollte die deutsche Arbeiterschaft, die auf politischem Gebiete sich so gut zu schlagen versteht, auch zu der Erkenntniß gekommen sein, daß die Erhaltung und Verbesserung des auf wirtschaftlichem Gebiete Errungenen ebenso nothwendig ist, wie die Erhaltung neuer Fortschritte, und daß das Festhalten an der Organisation auch in schlechten Zeiten eine unabwiesbare Nothwendigkeit ist. Leider machen wir aber immer auf's Neue die Erfahrung, daß die Zahl Derjenigen, welche die pekuniären Opfer für die Organisation auch dann nicht scheuen, wenn sich keine Aussicht bietet, direkte Vortheile durch dieselbe zu erringen, eine verhältnismäßig geringe ist. Dagegen gibt es nur ein Mittel: Die Einrichtungen der Gewerkschaftsorganisationen müssen so gestaltet werden, daß sie ihren Mitgliedern auch in schlechten Zeiten materielle Vortheile bieten, jene dadurch auch in Zeiten an sich festeln, wo die eigentliche Aufgabe der Organisation, der wirtschaftliche Kampf, ruhen muß, weil die Umstände ihn unmöglich machen.“

Es ist ein Fehler der Mehrzahl der deutschen Gewerkschaftsorganisationen, daß sie sich von vornherein finanziell auf so schwache Füße gestellt haben. Es ist durchaus verkehrt, zu glauben, daß möglichst niedrige Beiträge die Masse der Arbeiter anlocken werden. Wo nichts geleistet wird, da wird den Massen auch der niedrigste Beitrag zu hoch erscheinen. Soll eine Gewerkschaft leistungsfähig sein, so müssen auch die Leistungen der Mitglieder dementsprechend sein. Und wenn die Vortheile, die eine Gewerkschaftsorganisation ihren Mitgliedern bietet, nur im Einklang stehen mit den Bei-

trägen, dann können diese gerne hoch sein, ja sie müssen es sein, sonst können die Gewerkschaften den ihnen gestellten Aufgaben nicht gerecht werden, und die Folge wird sein, daß die Mitglieder abspringen, sobald die Aussicht auf direkte materielle Erfolge schwindet.

„Man mag sich noch so sehr dagegen sträuben, über diesen Einfluß des Materieles kommen wir unter heutigen Verhältnissen einmal nicht hinaus; und es muß damit gerechnet werden.“

„Aber — werden Manche geneigt sein, zu entgegnen — wenn wir hohe Beiträge nehmen, kommen uns die Arbeiter erst recht nicht in die Organisation; schon die heutigen niedrigen Beiträge sind ihnen zu viel. Aber doch nur deshalb, weil die Gegenleistung für die niedrigen Beiträge zu geringfügig ist und nur sein kann, weil die Beiträge zu gering sind. Zwischen Leistung und Gegenleistung besteht eben eine unausweichliche Wechselwirkung und der bessere finanzielle Rückhalt der Organisationen stärkt ihre Aktionskraft in einem Maße, daß ihre Leistungsfähigkeit bei rationellem Ausbau der Einrichtungen mit der Höhe der Beiträge nicht nur in arithmetischer, sondern fast in geometrischer Progression sich mehrt, der Nutzen, der den Mitgliedern erwächst, also bei höheren Beiträgen ein verhältnismäßig viel größerer ist.“

„Den Beweis liefern die Organisationen, welche von vornherein nach diesem Grundsatz gehandelt haben, zum Beispiel die Buchdrucker. Sie klagen nicht über das Abspringen der Mitglieder, weil sie vermöge ihrer Finanzkraft auch in schlechten Zeiten ihren Mitgliedern materielle Vortheile, wie Arbeitslosenunterstützung zc. bieten können. Ja, wird man vielleicht erwidern, die Buchdrucker können sich das leisten, die können wohl hohe Beiträge bezahlen, weil sie gut verdienen. Man verwechselt hier Ursache und Wirkung. Die Buchdrucker bezahlen nicht hohe Beiträge, weil sie gut verdienen, sondern sie verdienen gut, weil sie zur rechten Zeit hohe Beiträge bezahlt und ihre Organisation damit so kampffähig gemacht haben, daß sie sich den guten Verdienst erzwingen konnten.“

„Aus der von der Generalkommission Mitte vorigen Jahres veröffentlichten Statistik der deutschen Gewerkschaften ist zu ersehen, daß gerade die Gewerkschaftsorganisationen, welche die höchsten Beiträge eingeführt haben, wie Buchdrucker, Bildhauer, Gutmacher, Handschuhmacher, Zigarrenfortizier und einige andere, auch den größten Prozentsatz der Berufsangehörigen in der Organisation haben. Die höheren Beiträge ermöglichen eben, Einrichtungen zu schaffen, welche aus sich selbst das Interesse und die Theilnahme der Mitglieder erwecken und erhalten. Und die Berufe, die die meisten organisirten Mitglieder aufzuweisen haben, sind nicht einmal durchweg solche, die im Vordergrund der politischen Bewegung stehen, von den Ideen der Sozialdemokratie am schärfsten erfaßt sind. Auch dies beweist, daß für die Theilnahme an der Organisation weit mehr das materielle Interesse entscheidend ist, als eine Idee, ein Prinzip.“

### Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahr 1892.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in ihrem „Korrespondenzblatt“ vom 9. Oktober das Resultat der von ihr gemachten Erhebungen über die Zahl und Stärke der deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1892. Die Aufnahme erfolgte von 82 Organisationen mit zusammen 227 023 Mitgliedern (darunter 4355 weibliche). Außer dieser Zahl, die zentralisirt organisirt sind, befinden sich noch 7640 Mitglieder in Lokalvereinen. Zweigvereine sind 3959 aufgezählt. Für Vereinszwecke wurden innerhalb des Jahres 2 031 922,26 Mark vereinnahmt. 37 Organisationen haben für ihr Verbandsorgan zusammen 285 475,09 Mk. vorausgabt. An Kosten für Agitation sind 33 452,22 Mark aufgeführt; für Streiks sind 44 943,61 Mark, für Rechtschutz 9 705,25 Mk., für Gemäßigtenunterstützung 236 904,07 Mk. (darunter sind die Buchdrucker mit 218 041,83 Mk.) Ausgaben erwachsen. Die Abgabe von Heißenunterstützung erforderte 382 607,74 Mk. (da vorigen Jahres von unserem Verband die Heißenunterstützung noch abgelöst war, so ist in dieser Summe die von unseren Verbandsvereinen geleistete Unterstützung nicht enthalten). 14 Verbände hatten an Arbeitslosenunterstützung 357 037,56 Mark zu zahlen (darunter sind die Buchdrucker mit 235 528,40 Mark aufgeführt). Sozialistenunterstützung zahlen nur vier Verbände, und sind dafür 21 971 Mk. vorausgabt worden. Beihilfe in Sterbe- und Nothfällen gewährten 22 Verbände mit zusammen 25 284,31 Mark. An Verwaltungskosten sind den Hauptkassen erwachsen: Für Gehälter 74 848,32 Mk., für Verwaltungsmaterial 78 347,62 Mk., für Konferenzen u. Generalversammlungen 51 231,30 Mark. Den Zahlstellen der Verbände verbleiben von den Beiträgen 189 920,89 Mk. — Insgesamt betragen die Ausgaben 1 786 271,34 Mark. — Am Schluß des Jahres betrug der Kassendestand: in den Hauptkassen 478 110,88 Mark, in den Verwaltungskassen 155 516,80 Mk., in anderen Kassen der Organisationen 14 787,63 Mark, insgesamt 648 415,31 Mark. —

Die von der Generalkommission für jede bei der Statistik beteiligte Organisation in einer

Tabelle angeführten Zahlen können wir nicht hier wiedergeben, da der Raum unserer Zeitung dadurch zu sehr in Anspruch genommen würde, wir begnügten uns deshalb mit der Aufführung der Gesamtzahlen bei den einzelnen Rubriken. Zu der statistischen Aufnahme selbst wird nun im „Korrespondenzblatt“ ausgeführt:

Die unliebsame Verzögerung der Veröffentlichung der statistischen Zusammenstellung hat mancherlei Ursachen. Da fällt zunächst ins Gewicht, daß einzelne Organisationen ihren Jahresabschluss nicht am 31. Dezember, sondern am 31. März machen. Die Vorstände dieser Organisationen können nur schwer die nöthigen Angaben für die Statistik zu dem von uns bisher festgesetzten Termin machen. Mit Rücksicht hierauf wird es nöthig sein, für die spätere Zeit die statistischen Bogen erst nach dem 1. April zu versenden. Dagegen müssen wir aber beklagen, daß auch Vorstände, welche sehr wohl in der Lage waren, uns die Bogen rechtzeitig ausgefüllt zu stellen, zu können, erst auf wiederholte Aufforderung hin die Bogen einsandten. Selbst heute haben wir von fünf Organisationen die statistischen Bogen noch nicht erhalten. Geoen die Veröffentlichung der Statistik hat sich nur der Vorstand einer Organisation erkärt und deswegen die Ausfüllung der Bogen abgelehnt. Zu dieser Lässigkeit in der Erledigung einer doch gewiß nicht zu schwierigen Arbeit, wie sie von einzelnen Vorständen der Gewerkschaften geübt worden ist, kam dann noch, daß der Vorsitzende der Generalkommission durch langandauernde Krankheit an der Erledigung seiner Arbeiten verhindert war. Diese Umstände machten es unmöglich, früher die Veröffentlichung der statistischen Zusammenstellung besorgen zu können. Die von uns aufgestellten statistischen Uebersichten bieten schon heute schätzenswerthes Material und werden später noch größeren Werth haben. Die Vorstände der Gewerkschaften, welche sich nicht der Mühe unterziehen wollen, uns die Unterlagen für die Statistik zu liefern, schwächen den Werth derselben ab und schädigen sich selbst, da sie über kurz oder lang doch von diesen Zusammenstellungen Gebrauch machen müssen. Auf unsere Gegner haben wir bei der Veröffentlichung keine Rücksicht zu nehmen, denn diese können sich über die Verhältnisse der einzelnen Berufsorganisationen auch ohne unsere Hilfe orientiren. Wir erwarten daher, daß in Zukunft die Lücken, welche die Statistik noch aufweist, ausgefüllt werden, und hoffen, im nächsten Jahre auch rechtzeitig die statistischen Bogen zurück zu erhalten.

Die Statistik für 1892 ist insofern etwas besser wie die des Vorjahres ausgefallen, weil die Angaben genauere geworden sind und auch einige größere Organisationen, die im Vorjahre fehlten, dieses Mal vertreten sind. Nach der Statistik für das Jahr 1891 waren in den Organisationen 176 664 Mitglieder, während die für das Jahr 1892 227 023 Mitglieder ausweist.

Trotzdem sind die Gewerkschaftsorganisationen nicht stärker geworden, sondern in der Zahl der Mitglieder zurückgegangen. Wir führen nachstehend die Gewerkschaften an, welche in der Statistik von 1891 fehlten, und stellen dahinter die Zahl der Mitglieder. Die letztere ist theils nach Angaben, die nach der Veröffentlichung der Statistik für 1891 von den Gewerkschaftsvorständen gemacht wurden, theils nach den Mitgliederzahlen im Jahre 1892 angegeben. In der Statistik für 1891 fehlten: Bergleute [Westfalen] (45 000), Bergleute [Saarrevier] (22 400), Dachdecker (571), Maler (6603), Schuhmacher (9500), Tabakarbeiter (11 079), Tapezierer (1100) und Porzellanarbeiter (3112). Die letztere Organisation, die früher zu dem Verbands der Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine gehörte, hat sich am 1. Januar 1893 an die deutschen Gewerkschaftsorganisationen, welche auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, angeschlossen. Die in der Statistik von 1891 fehlenden Organisationen hatten zusammen 101 365 Mitglieder. Es ist also mit ziemlicher Zuverlässigkeit anzunehmen, daß die deutschen Gewerkschaftsorganisationen (Zentralvereine) im Jahre 1891 278 029 Mitglieder hatten. In der Statistik für das Jahr 1892 fehlen folgende Organisationen mit dahinterstehender Mitgliederzahl: Dachdecker (571), Fabrik- und gewerbliche Hilfsarbeiter (2000), Märschner (1000), Steinmetzen (2000) und Töpfer (4700), zusammen mit 10 271 Mitgliedern. Außerdem sind in Lokalvereinen, welche derselben Tendenz huldigen wie die Zentralorganisationen, noch 7640 Mitglieder vorhanden. Diese Zahl ist entschieden zu niedrig, denn es sind für einzelne Berufe, in welchen eine größere Zahl lokaler Vereine vorhanden ist, in der Statistik keine Angaben gemacht. Außerdem fehlen die Lokalorganisationen der Kaufleute, Kellner, Feizer und Trimmer, Seeleute und Schlachter, über die zuverlässige Angaben nicht vorliegen. Es waren demnach am Schluß des Jahres 1892 in den Gewerkschaftsorganisationen mindestens 249 934 Mitglieder. Die Zahl hat mittlerweile eine Minderung dadurch erfahren, daß der Rechtschuttsverein der Bergleute für das Saarrevier vollständig vernichtet ist. Aus der Statistik ergibt sich für 1892 gegenüber 1891 ein Rückgang in der Mitgliederzahl von 33 095.

Diese Verringerung der Mitglieder füllt fast ganz auf den „Deutschen Bergarbeiterverband“

(Westfalen), dessen Mitgliederzahl um 20 700 juriläufigen ist. Es ist dies erklärlich durch die unglücklich verlaufenen Streiks und die Maßregelungen der Verbandsmitglieder seitens der Grubenbesitzer. Der Verband der am Schiffbau und in der Schiffahrt beschäftigten Personen entstand durch eine Verschmelzung der Verbände der Hafenarbeiter und der Werftarbeiter. Beide Verbände zusammen hatten 1891 6348 Mitglieder, während jetzt die Mitgliederzahl in der gemeinsamen Organisation nur 1994 beträgt, also 4354 Mitglieder weniger. Ebenso hat sich die Zahl der organisierten Stukkateure bedeutend verringert. 1891 waren 1860 als organisiert angegeben, während Ende 1892 im Zentralverband 400 und in Lokalvereinen ca. 500 Mitglieder waren. In der Statistik von 1891 sind die selbständigen Barbier (370 Mitglieder) und die Ziegler (250 Mitglieder) angeführt. Der erstgenannte Verband ist in der Statistik von 1892 nicht aufgeführt, weil die Arbeitgeberorganisation, auch wenn sie mit der Arbeiterbewegung sympathisiert, nicht in eine solche Statistik gehört. Der Verband der Ziegler existiert wohl nur noch dem Namen nach und war seine Ausführung in der Statistik nicht angebracht. Ebenso scheint auch der Verband der Gasarbeiter sich nicht entwickelt zu haben, wenigstens ist Näheres über denselben hier nicht bekannt. Die Organisationen der Holzgerber und Weißgerber haben sich zu dem Verband der Leberarbeiter vereinigt. Es bestanden demnach Ende 1892 57 Zentralorganisationen. Sehen wir von den Organisationen der Bergleute, Fabrik- und Werftarbeiter, Stukkateure und Ziegler ab, so ergibt sich eine geringe Zunahme der Zahl der Mitglieder.

Der Parteivorstand

veröffentlicht aus Anlaß des vom 22. bis 28. Oktober in Köln abgehaltenen Parteitages, was vor jedem Congreß, seinen Geschäftsbericht, durch welchen das Märchen vom „Stillstand der sozialdemokratischen Bewegung“ ziffernmäßig widerlegt wird.

Bezüglich der Organisation heißt es in dem Bericht, daß die Partei im Berichtsjahre mit voller Kraft und ungehindert durch innere Wirren sich der Arbeit widmen konnte und recht befriedigende Resultate erzielt wurden. Es wurden 52 Agitations-Comités gebildet, die sich über ganz Deutschland erstrecken und deren Mitglieder die Agitation selbständig betreiben. Diese Organisationsform hat sich bewährt. In verhältnismäßig kurzer Zeit waren bei der letzten Reichstagswahl in 388 von 397 Wahlkreisen die Kandidaten aufgestellt und die Agitation eingeleitet.

Die Thätigkeit des Parteivorstandes war eine sehr umfangreiche. Cirkuläre und Kreiszündungen nicht mitgezählt, gingen 6232 Briefe und Karten ein und wurden 4730 erpedirt.

Bezüglich der Agitation konnten nicht alle Wünsche befriedigt werden. Die Broschüre „Nieder mit den Sozialdemokraten“ von Bracke, wurde in großer Auflage hergestellt und den Genossen zur Gratisvertheilung überlassen. Desgleichen Hefts Nr. 1 in der Zukunftsstaatsdebatte, von welcher 1 Million 700,000 Exemplare hergestellt und vertheilt wurden. Von dem Stenogramm der fünfjährigen Verhandlungen über den Zukunftsstaat wurden 100,000 Exemplare abgesetzt. Die „Mairzeitung“ wurde in 400,000 Exemplaren hergestellt, das vorjährige Congreßprotokoll in 30,000 Exemplaren. Das Büchlein „Die Thätigkeit des deutschen Reichstages“ wurde in 35,000 Exemplaren verbreitet. Gratis vertheilt wurden noch „Das Parteiprogramm“, „Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie“, „Die Soldatenmüßiggänge“, „Freiheit des Stumm“, „Zukunftsstaat und Sozialdemokratie“.

Die Partei-Buchhandlung ließ verschiedene Broschüren neu herstellen. Der Waarenumsatz der Buchhandlung bezifferte sich im vergangenen Jahre auf 149,000 Mark. Der Lagerbestand repräsentirt einen Nettowert von 30,500 Mark, das Geschäftvermögen 45,000 Mark. Bei fernerer günstiger Entwicklung wird das Geschäft an die Partei Uebertrage abführen können; damit wurde im vorigen Monat mit 6000 Mark der Anfang gemacht.

Die Reichstagswahlen haben das Einbringen der sozialdemokratischen Grundsätze in die ländliche Bevölkerung klar erwiesen. Das Stimmenverhältniß in nachfolgenden vorwiegend ländlichen Provinzen gestaltete sich folgendermaßen:

Table with 4 columns: Reg.-Bez., 1878, 1890, 1893. Rows include Potsdam, Frankfurt a. D., Pommern, Großh. Medlenburg, Königreich Bayern.

Das amtliche Wahlergebnis über die letzte Reichstagswahl ist noch nicht festgestellt, mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die sozialdemokratischen Candidaten 1,800,000 Stimmen auf sich vereinigten; 1890 wurden für die Sozialdemokratie 1,427,000 und 1887 780,000 Stimmen abgegeben. Den Erfolgen bei der Reichstagswahl entsprechen die Erfolge bei den Landtags-, Gemeinde- und Gewerbegerichts-

Die Einnahmen der Partei beliefen sich vom Oktober 1892 bis Ende September 1893 auf 298,326 Mk. 6 Pf., die Ausgaben auf 310,607 Mk. Von den Einnahmen haben wir hervorzuheben: Uebererschuß des „Vorwärts“ 40,655 Mk. Der „Vorwärts“ hat zur Zeit mehr als 42,000 Abonnenten. Von den Ausgaben kommen auf die Wahlaktion 134,136 Mk., auf die allgemeine Agitation 37,040 Mk., Prozeß- und Gefängnisstrafen 19,246 Mk., Unterstüßungen 15,195 Mk., Unterstüßungen der Presse 60,814 Mk., Gehälter- und Verwaltungsausgaben 19,182 Mk.

Table showing weekly and monthly publications for 1891, 1892, and 1893. Includes categories like Gewerkschaftsblätter, wöchentlich 8 Mal erscheinend, monatlich 8, alle 14 Tage, monatlich.

Die politische Parteipresse zählte 1891 im 8. Quartal 68 Organe, gegenwärtig 75; davon erschienen:

Table showing weekly and monthly publications for 1891, 1892, and 1893. Includes categories like wöchentlich 6 Mal, 8, 2, 1, alle 14 Tage.

Dazu kommen die „Neue Zeit“, das als Sonntagsbeilage dienende Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“ und das Wochenschrift „Der wahre Jakob“. „Die Neue Welt“ erscheint in einer Auflage von etwa 200,000 Exemplaren. Der ebenfalls im Parteiverlag erscheinende „Neue Welt-Kalender“ wurde für 1894 in einer Auflage von 130,000 Exemplaren hergestellt. Die Finanzverhältnisse der Parteipresse haben sich im Allgemeinen gebessert; es sind nur noch wenige Zeitungen, die sich nicht decken; die im Berichtsjahre gewährten Zuschüsse wurden größtentheils zur Deckung älterer Schulden, zur Einrichtung von Druckereien u. s. w. verwendet.

Strafen wurden im vergangenen Jahre über Parteigenossen verhängt: 63 Jahre 7 Monate und 26 Tage Gefängnis, 23 Jahre 1 Monat Zuchthaus und 31,937 Mk. 80 Pf. Geldstrafe. Seit Erscheinen des Sozialengesetzes sind von deutschen Gerichten gegen Sozialisten wegen politischer oder aus politischen Motiven hervorgegangener Vergehen erkannt worden: 293 Jahre 5 Tage Freiheitsentziehung und 70,772 Mk. Geldstrafen.

Mehr als lange Auseinandersetzungen beweisen diese Zahlen, unter welchen Verhältnissen die sozialdemokratische Partei zu kämpfen hat. Man braucht nur alle Handlungen zu billigen, welche den einen oder anderen Proletarier vor den Strafgericht geführt haben. In manchen Fällen wird damit der Arbeitersache nicht gedient, dieselbe vielmehr geschädigt worden sein. Aber die Thatsache an sich, daß in fünf Jahren über die Angehörigen einer Partei 293 Jahre Freiheitsentziehung ausgesprochen wurden, bezeugt, daß wir in einem Klassenstaate leben, dessen „gesetzliche Waffen“ schon hinreichen, der sozialen Bewegung die größten Schwierigkeiten zu bereiten. Die 293 Jahre Freiheitsentziehung liefern aber auch den Beweis für den Opfermuth und die Siegesgewißheit der Proletarier, die sich durch keine Strafe von ihrem Ziele zurückschrecken lassen. In immer weiteren Kreisen bricht sich die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der kapitalistischen Weltordnung Bahn, die drakonischen Strafen stärken die Proletarier in diesem Bewußtsein und führen der Sozialdemokratie immer neue Kämpfer zu. Die steigende Erbitterung des sozialen Kampfes, die in den 293 Jahren Gefängnis so klaren Ausdruck findet, erweitert den Abgrund, welcher die besitzlose Masse von der besitzenden Minderheit trennt, mehr und mehr. Eine Ueberbrückung der sozialen Gegensätze wird immer schwieriger, der Kampf immer heftiger, bis der Sozialismus den Kapitalismus endgiltig überwunden hat.

Korrespondenzen.

Klempner.

Leipzig. Am 22. Oktober fand eine von ungefähr 80 Personen besuchte öffentliche Klempnerversammlung im Restaurant Spieß mit folgender Tagesordnung statt: 1. Stellungnahme zu dem, von dem Hamburger Agitationskomitee vorgeschlagenen Lohnsatz für die Klempner Deutschlands. 2. Diskussion und Beschließen. Zum 1. Punkt ergriß Kollege Reichel das Wort und führte in seinem beifällig aufgenommenen Referat aus, daß bei Ausarbeitung des Lohnsatzes das Komitee die Verhältnisse anderer Städte zu wenig in Betracht gezogen habe. Es sei von den Hamburger Verhältnissen ausgegangen, wo die Thätigkeit mehr vorherrschend sei, deshalb könne der Tarif nicht für alle Städte durchgeführt werden und müßte es jeder Stadt überlassen bleiben, ihren Tarif auszuarbeiten. Um sich eine bessere soziale Stellung zu erkämpfen, gehöre zunächst eine gute Organisation, welche leider unter den Leipziger Klempnern fehle; deshalb sei es notwendig, dem D. M. A. B. beizutreten, damit in absehbarer Zeit der Tarif verwickelt werden

könne. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Klempnerversammlung erkennt den Grundgedanken der Hamburger Agitationskommission als richtig an, erachtet aber die Ausführung desselben z. B. für ungünstig.“ Zum 2. Punkt wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, welche die weiteren Arbeiten in dieser Angelegenheit zu besorgen hat.

Stuttgart. Wie unter allen Arbeitern, so hat sich auch unter den Flaschnergehilfen Stuttgarts das Verlangen nach anständiger Arbeitszeit und Bezahlung im letzten Jahr besonders bemerkbar gemacht. Es ist nun ca. ein halbes Jahr verfloßen, daß sie sich zusammenschlossen und eine Sektion des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gründeten. Wir können nunmehr mit Befriedigung auf die verfloßene Zeit zurücksehen, da gegenwärtig 2/3 der Flaschnergehilfen Stuttgarts der Sektion angehören. Um nun unseren indifferenteren Kollegen Gelegenheit zu geben, sich von unseren Bestrebungen zu überzeugen, fand am Samstag, den 14. Oktober, bei Vogner, Christophstraße, eine öffentliche gutbesuchte Flaschnerversammlung statt, in welcher Genosse Dietrich über „Zweck und Nutzen der Organisation“ referirte. Redner führte die Nothwendigkeit der Organisation deutlich vor Augen und gab an Beispielen zu verstehen, daß wir einzeln nur der Spielball des Unternehmertums wären, vereint aber im Stande seien, unsere gerechten Forderungen durchzusetzen. Er forderte die Anwesenenden auf, gleich unseren Gegnern, die jede Einzelheit ausnützen, um unsere Organisation zu zerstören, sich fest zusammenzuschließen, um auch diesen gegenüber unsere Rechte wahren zu können. Hierauf schlossen sich 9 Kollegen der Gewerkschaftsbewegung an. Wir hoffen nun, daß unsere Kollegen immer mehr agitiren, damit wir die uns noch Fernstehenden heranziehen und unserem Endziel um so rascher entgegensteilen.

Metall-Arbeiter.

Bodenheim. In der Mitgliederversammlung des D. M. A. B. am 21. Oktober ließen sich 5 Kollegen aufnehmen. Nachdem vom Bevollmächtigten auf die Bibliothek aufmerksam gemacht wurde, erstattete Genosse Peterhans Bericht über den in Frankfurt stattgefundenen sozialen Kongreß. Redner vermißte auf den Bericht in der „M. A. Z.“ und gibt in kurzen Worten den Eindruck wieder, den der Kongreß auf ihn gemacht. Die Beteiligte sei besonders von Seiten der Arbeiter eine sehr rege gewesen. Wie wenig die Unternehmer sich um die sozialen Fragen unserer Zeit resp. um Besserstellung der Arbeiterverhältnisse kümmern, sei auch hier wieder bewiesen, indem, laut der Theilnehmerliste, nur 3 Fabrikanten am Kongresse theilnahmen. Allgemein sei man sich einig gewesen, daß die Ursachen der so großen Arbeitslosigkeit in der heutigen Produktionsweise, schlechter Bezahlung und langer Arbeitszeit liegen. Bezeichnend für die sozialwissenschaftliche Bildung in gewissen Kreisen sei Herr Dr. Hagoczi, Handelskammersekretär in Bonn, der da meinte, man solle nicht den Ursachen der Arbeitslosigkeit nachforschen. Treffend sei ihm von unseren Genossen erwidert worden, daß derjenige ein schlechter Arzt sei, der nicht die Ursachen der Krankheit suche und diese dann zu beseitigen strebe. Es habe sich auch auf diesem Kongresse gezeigt, daß die Arbeiter jeder Zeit mit praktischen Vorschlägen zur Hand sind. Es sei konstatiert worden, daß die Arbeitsnachweise der Fachvereine bisher nicht lebenskräftig gewesen, weil sie von den Unternehmern nicht benutzt, oft sogar noch bekämpft wurden. Die Nachweise der Unternehmer fungirten nicht, weil die Arbeiter ein leider nur zu sehr berechtigtes Mißtrauen gegen sie hätten. Die privaten Nachweise und Vermittlungsbureaus seien fast ausnahmslos Ausbeutungsinstitute. Bezeichnend für den Ausspruch des Fabrikanten Dr. Müller-Brackweide, der unter Anderem meinte: in den Arbeitsnachweisen sollten die Unternehmer auch Auskunft über den „Charakter“ der Arbeiter erhalten können. Der von Legien vertretene Standpunkt, wonach die Arbeiter über den Verkauf ihrer Waare, d. h. ihrer Arbeitskraft ohne Einmischung der Unternehmer zu bestimmen hätten, sei wohl der richtige. Die Gemeinden hätten die Mittel für die Unterhaltung der Arbeitsnachweise zu geben und die Arbeiter hätten sie zu verwalten. Am vorderhand aber überhaupt etwas zu erlangen, seien wir vorläufig zufrieden, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Gewerbegerichtsbeisitzer) die Verwaltung führten. Zuletzt sei es doch sehr stark zu begreifeln, ob auch nur dieses geschaffen werde und ob der soziale Kongreß in der Folge praktischen Nutzen würde. Die Arbeiter müßten ohne ihn, wo es fehlt und sie müssen sich starke Organisationen bauen, um dem, was sie zu fordern haben und fordern, entsprechenden Nachdruck verleihen zu können. Nicht zu danken hätten die Arbeiter für solche Einrichtungen, machte der Vorkämpfer auf das Abonnement der „Volksstimme“ aufmerksam. Hierauf wurde noch bekannt gegeben, daß voraussichtlich in den nächsten zwei Versammlungen ein Vortrag über Medizin und Naturheilkunde stattfinden und wurden die Kollegen aufgefordert, kräftig zu agitiren, daß die Versammlungen gut besucht werden.

Cassel. In der am 7. Oktober abgehaltenen Versammlung des D. M. A. B. verlas zum 1. Punkt der Kassierer Genosse Schneemann die Abrechnung. Kollege Näther wendet sich gegen einen Posten in der Abrechnung, laut welchem von der Lokalkasse Unterstützung ausgegahlt wurde. Redner glaubt nicht, daß dies statutengemäß sei. Jedoch wird die Abrechnung von der Versammlung genehmigt. Zum Punkt 2 glaubt der Kassierer, daß es nothwendig sei, die Mitgliederliste zu verlesen, um einigermaßen feststellen zu können, wie viel Mitglieder von den in seinem Buch verzeichneten noch am Orte und welche im Rückstande mit ihren Beiträgen sind, da er ja nur die Marken an die Zeitungscolporteurs abgeben und nicht wissen könne, wer dieselben bekomme. Es sprachen hierzu die Genossen Näther, Aberhold und Köller. Die beiden ersten dagegen, während Köller dafür spricht und betont, nicht zahlende Mitglieder sofort zu streichen. Genosse Garbe beantragt, nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, alle Vierteljahre die Mitgliederbücher einzusammeln und könne dann der Kassierer seine Eintragungen in das Hauptbuch machen, auch sei eine bessere Kontrolle des Einzelnen möglich. Der Antrag wird angenommen. Zum 3. Punkt bemerkt Garbe, daß wir nun endlich auch ein Gewerbe- schiedsgericht in Cassel bekommen. Derselbe gibt noch einige Erklärungen und betont, daß aus der Mitte der Versammlung 2 Personen als Kandidaten zu beistimmen vorgeschlagen seien, jedoch müßten dieselben 30 Jahre alt und 2 Jahre in Cassel wohnhaft sein. Vor Allen aber bittet derselbe, nur Personen vorzuschlagen, welche die nöthige Urtheilsfähigkeit besitzen. Es wurden vorgeschlagen die Genossen Köller, Siebert und Deser. Die beiden ersten nahmen an. Hierauf ersucht Garbe, einen 2. Bevollmächtigten zu wählen, damit er (Garbe) entlastet werde, da er durch sein Geschäft verhindert sei, jeden Abend pünktlich in die Versammlung zu kommen, und er auch noch in anderer Hinsicht viel in Anspruch genommen sei. Jedemfalls könne er dann auch besser für den Verband und zwar durch Vorträge agitiren. G. Näther wurde darauf zum 2. Bevollmächtigten gewählt. Dann ersucht Krug einen Vertreter für die allgemeine Bibliothek zu wählen. Es entspinnt sich hierüber eine rege Debatte, hervorgerufen durch Aeußerungen in der Parteistellung betreffs der Schränke. Schließlich stellt G. Fühn den Antrag: „Neben den Büchern, welche durch vorigen Versammlungsbeschluß der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt wurden, selbstverständlich auch den Schrank dazu zu geben, denn man müsse doch die Bücher unterbringen“, welcher Antrag angenommen wurde. Nachdem noch 2 Mann als Ersatz für die Zeitungskommission gewählt sind, wird die Versammlung um 11 Uhr geschlossen. — Und nun noch einige Worte an Euch, Ihr Mitglieder des D. M. A. B. der Zahlstelle Cassel: Macht auf aus Eurem Schlaf, besucht regelmäßiger alle 14 Tage unsere Versammlungen. Jeder von Euch muß Agitator sein. Vergesst nie die Worte unseres Vorkämpfers Marx: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Wenn Jeder von Euch noch Einen und dieser wieder Einen, und so fort mitbringt, dann, Kollegen, wird unsere Organisation die Bedeutung erlangen, die sie haben muß, wenn wir etwas erzielen sollen.

Cassel. Unsere nächste Versammlung findet Sonnabend, den 5. November bei Wittrod, Schätzerstraße 33, statt, und sollte dies Lokal besetzt sein, bei Siebrecht, Graben 60. Also, alle Mann agitirt; wenn Ihr die Zeitung geleht, gebt sie Euren Kollegen, welche nicht im Verband sind. Nehmt die Zeitung in die Werkstatt, auf den Bau, oder wo Ihr sonst mit Kollegen zusammen kommt, mit. Macht jene Indifferenten auch auf die am 1. November eröffnete allgemeine Bibliothek aufmerksam, denn dieselbe ist ja nur gegründet, um Aufklärung in die Massen zu bringen.

Grimmshau. In der am 7. Oktober in Karl Wihner's Verberge abgehaltenen zahlreich besuchten öffentlichen Metallarbeiterversammlung wurde vom Vertrauensmann die Abrechnung verlesen. Dann wurden 3 Revisoren (Schubert, Gärtner und Richter) zur nächsten Abrechnung gewählt. Der bisherige Vertrauensmann legte sein Amt nieder, weshalb zu diesem Posten Kollege Emil Fiedler mit großer Majorität gewählt wurde, als Stellvertreter Oswald Schulze. Dem früheren Vertrauensmann Oswald Schulze wurden 6 Mk. Entschädigung gewährt, wovon er sofort wieder 2 Mk. dem Verband zur Agitation übergab. — Der neugewählte Vertrauensmann macht hiedurch die Genossen darauf aufmerksam, ihren Verpflichtungen dem Verbande gegenüber etwas pünktlicher nachzukommen, damit er nicht in die unangenehme Lage verkehrt werde, jeden Einzelnen persönlich zu mahnen.

Wattz. Am 22. Oktober fand ein Agitationausflug nach Rostheim statt, wo sich viele Kollegen der Umgebung einfanden. Um 4 Uhr fand eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, worin Kollege Wolfstahl über: „die Frau in der Industrie“ referirte. Nachdem noch mehrere Redner auf die Nothwendigkeit des Verbandes aufmerksam gemacht, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, worin die Anwesenden sich für die weiteste Verbreitung des D. M. A. B. aussprachen. Dann wurde ein-

stimmig Giesheim als nächster Versammlungs-ort bestimmt, wohn am 18. November ein Agitationsausflug stattfindet. Darauf wurden noch 5 Mitglieder aufgenommen, so daß jetzt in Kofstheim und Gustavsburg 45 Mitglieder sind.

**Wittenberg a. Rh.** Wie an vielen Orten, so sind auch wir in der Lage, ein Klagegeld über die schlechte Frequenz der hiesigen Zahlstelle anzustimmen. Trotzdem es in unserer industriell entwickelten Stadt eine große Zahl Metallarbeiter gibt, hält es äußerst schwer, diese zur gewerkschaftlichen Organisation heranzuziehen. Einestheils liegt dies an der großen Gleichgültigkeit der Kollegen, andererseits wurzelt bei den schon aufklärteren das alte Vorurtheil, die Gewerkschaftsorganisationen hätten doch keinen Zweck. Die Versammlungen werden von den Mitgliedern schlecht besucht, trotzdem in letzter Zeit alles Mögliche aufgeboten wurde, die Versammlungen durch interessante Vorträge und Vorlesungen zu beleben, trotzdem den Mitgliedern eine gediegene Bibliothek zur Verfügung steht. Kollegen, dies muß anders werden, soll die einzige hier bestehende Organisation nicht zu Grunde gehen. Ihr Kollegen, die Ihr uns noch fern steht, tretet ein in unsere Reihen, es ist nicht edel gehandelt, Andere für sich kämpfen zu lassen. Nur durch ein möglichst großes Heer können Siege erkochten werden. Darum, Kollegen, sorgt durch Eueren Beitritt und durch fleißigen Besuch der Mitglieder-Versammlungen dafür, daß die hiesige Zahlstelle zur Blüthe gelangt. Die Versammlungen finden jeden Montag Abends 9 Uhr bei Peter Engels, ob. Freiheitstraße, statt.

**Wittenberg.** Hierdurch erlaubt sich ein gemäßigter Verbandskollege auch einmal die Spalten unseres Organs zu benutzen, um verschiedene Thatsachen zu beleuchten. Bis jetzt ist von Wittenberg, dieser Hochburg der lutherischen Orthodogme, noch nie etwas an die Öffentlichkeit gelangt. Da denkt vielleicht Mancher, es ist hier alles musterhaft bestellt, dem ist aber nicht so. Schreiber dieses ist gemäßigter worden, weil er sich „erbreitet“ hat, eine Verwaltungsstelle in's Leben zu rufen und er dann als Bevollmächtigter gewählt wurde. Nun will ich nur ganz kurz die industrielle Lage dieses Ortes schildern: Bis jetzt bestehen hier 8 Fabriken in der Eisenbranche. Von den 3 Fabriken sind bloß in einer solchen 10—12 Kollegen, welche wirklich organisiert sind, das heißt einer Organisation angehören, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, denn die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, wobei die meisten sind, kann man nicht zu einer Organisation rechnen. Die Zustände in diesen 3 Musteranstalten spotten jeder Beschreibung, Arbeitszeit in's Unendliche ausgedehnt, Akkordlöhne, wo die Arbeiter täglich 18—15 Stunden arbeiten müssen, um auf einen halbwegs ausreichenden Lohn zu kommen und Bevormundung in allen politischen Angelegenheiten. Das Hauptaugenmerk sei hiermit auf das Eisenwerk Joly gerichtet, wo patentirte eiserne Treppen und viele Höhen verfertigt werden. Bis vor kurzer Zeit hauste daselbst ein Meister aus Rogenau, welcher die Arbeiter nur nach Günst behandelte und z. B. seinen Landknechten, welche er sich stets kommen ließ, ganz willkürlich die beste Arbeit zuschob. Der betreffende Meister setzte bei der letzten Reichstagswahl alle Hebel in Bewegung, um den Schreiber dieses, welcher als Sozialdemokrat bekannt war, auf's Pflaster zu werfen, was ihm aber nicht gelungen ist, denn wer Andern eine Grube gräbt, fällt gewöhnlich selbst hinein, — er ist gegangen worden, wie seiner Zeit der eiserne Kanzler. Jetzt ist ein Meister daselbst, welcher noch sehr jung (24—26 Jahre) ist; derselbe war in den letzten Tagen vor meiner Maßregelung sehr eifrig bemüht, die Schafe von den Böden zu sondern. Unseren Verband stellte er als einen Deckmantel für die Sozialdemokratie hin, welche er durch die Brille des großen Eugen Richter betrachtete. Gleichzeitig bemerkte er, daß der gute Ruf des Geschäfts geschädigt würde, wenn Sozialdemokraten darin arbeiteten, obwohl doch unter unsern Verbandskollegen die besten Arbeiter sind. Als wir unsere Verwaltungsstelle gründen wollten und uns dazu ein Lokal suchten, wo wir unsere erste öffentliche Metallarbeiterversammlung abhalten wollten, war fast in der ganzen Stadt kein Wirth zu finden, welcher uns kein Lokal zur Verfügung stellte, bis wir dann einen solchen fanden, welcher unabhängig vom Militär und schon mit Gewerkschaften vertraut ist; aber auch an diesem Wirth hat sich die „freisinnige“ Partei gerächt, denn der Hauswirth, noch dazu sein Schwager, hat ihm gekündigt und er muß am 1. April das Lokal räumen. Mit solchen Mitteln kämpft heute die Reaktion, da ihnen andere eifrige nicht zu Gebote stehen. Na, hoffentlich wird es hier in dieser verlhörten Stadt auch einmal Tag werden, vielleicht schon in den nächsten paar Jahren, wovon ja schon die letzte Reichstagswahl einen Beweis gegeben hat, indem sich unsere Stimmenzahl vervielfacht hat. Um wieder auf das berühmte Eisenwerk Joly zu kommen, sei noch erwähnt, daß der Durchschnittslohn für Schlosser 25 Pfg. pro Stunde beträgt. Damit nun die Rogenauer Former resp. Arbeiterleute auf ihren Lohn kommen, fangen sie früh schon um 5 Uhr, oft noch früher, an und arbeiten bis Abends 8—9 Uhr. Ja, es ist sogar schon vorgekommen,

daß Etliche Morgens über den Zaun gestiegen sind, da die Pforte so früh noch nicht auf war. Und werden Former gebraucht, so wird ein Landmann nach Schlesien geschickt, welcher dieselben mit den besten Versprechungen hieserlookst. Wenn die allgemeine Geschäftszeit eine flotte ist und es werden Schlosser gebraucht, so werden sofort alle industriellen Zeitungen in Bewegung gesetzt, um Leute unter hoch klingenden Namen, wie Obermonteur, Vize-meister u. zu engagiren, was aber gewöhnlich fehl schlägt, indem solche Monteurs, wie es schon dagewesen ist, nach kurzer Zeit dieses Eldorado wieder verlassen. Nun genug aus dieser Musterwerkstatt, es würde zu weit führen, wollte man alle Einzelheiten beschreiben. Unsere Verwaltungsstelle ist natürlich wieder verfallen resp. aufgelöst worden, und nachdem ich, der ich an der Spitze stand, gemahregelt bin, sind die meisten Mitglieder vor Angst, daß sie ein gleiches Schicksal erzeuge, ausgetreten und reuenvoll in den Schooß der allein seligmachenden Gewerksvereine geschlüpft.

**Schlosser u. Maschinenbauer.**

**Hamburg.** D. M.-S. Kombinierte Mitgliederversammlung der Sektionen der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer der Filiale Hamburg, Eimsbüttel und Barmbeck am 10. Oktbr. im Harmonia-Gesellschaftshaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilte der Vorsitzende das Ableben des Kollegen Duellmalz mit und ehrt die Versammlung sein Andenken in der üblichen Weise. Es wurde nunmehr in die Tagesordnung eingetreten und rief der erste Punkt „Errichtung eines Arbeitsnachweises für Schlosser, Dreher und Maschinenbauer“ eine lange, lebhafte Debatte hervor. Die meisten Redner sprachen sich dahin aus, den Arbeitsnachweis, wie er in früheren Jahren gehandhabt worden, wieder einzuführen. Gemme theilt mit, wie die Klemperer sich die Weiterführung des Arbeitsnachweises denken. Die Ablehnung ergab, daß die Schlosser unter den jetzigen Verhältnissen nicht gewillt seien, zur Unterstüßung des Arbeitsnachweises beizutragen. Krüger, welcher sich recht lebhaft an der Debatte betheiligt hatte, erregte sich, da die Abstimmung nicht nach seinem Geschmack, derartig, daß er seinen Austritt aus der Sektion ankündigte. Es wurde hierauf Hamann als Geschäftsführer gewählt, jedoch soll der stellvertretende Geschäftsführer in einer Mitgliederversammlung der Hamburger Sektion gewählt werden. Es brachte hierauf Junge die Abrechnung vom Agitationsfond. Bestand 100 Mk., Ausgaben für Flugblätter 48 Mk., Annoncen 14 Mk., Eimsbüttel 8 Mk., Barmbeck 5,50 Mk., für Wilhelmshagen Palate 8 Mk. und Fahrt 80 Mk., für Bergedorf an Fahrt 1 Mk., Summa 90,80 Mk., bleibt Rest 9,20 Mk., welcher an die Sektion Hamburg abzuliefern ist. Da seitens des Vergütungskomitees die Abrechnung noch nicht fertig gestellt war, so wurde daselbe beauftragt, dieselbe am Sonntag, den 15. Oktober, fertig zu stellen. Ueber den 3. Punkt, Annoncensehen, wurde auch längere Zeit debattirt. Deisinger führt aus, daß die Schlosser verpflichtet seien, sich dem Beschluß der kombinierten Versammlung aller Sektionen anzuschließen und sie ihre Annoncen an den Geschäftsführer abzuliefern hätten. Junge theilt mit, daß er Rücksprache mit Gemme und Schulz genommen habe, er aber als Antwort erhalten habe, sie hätten das Annoncensehen schon geregelt. Es wurde hierauf beschlossen, daß die Schlosser sich in dieser Sache zu politiren und die Annoncen an Junge abzuliefern hätten, welcher für das rechtzeitige Erscheinen derselben Sorge zu tragen habe. Hierauf Schluß der Versammlung.

**Hamburg.** D. M.-S. Sektion der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer. Mitgliederversammlung am 17. Oktober 1893 im Harmonia-Gesellschaftshaus. Zuerst hielt Genosse Müller einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Die Wissenschaft und die Schule“. Referent führt aus, daß heutzutage die Wissenschaft wie ein dem arbeitenden Volk nicht gelehrt würde, trotzdem daß dieselbe zu lehren wichtiger sei als andere Sachen, welche schon den Kindern in der Schule eingepaukt würden. Doch sei es der besitzenden Klasse nicht angenehm, wenn dem Volk über gewisse Sachen Aufklärung würde, denn je aufgeklärter das Volk würde, desto größere Forderungen würde es an die herrschende Gesellschaft stellen. Seien ja selbst die Häupter der Wissenschaft von der herrschenden Klasse abhängig und verbreiten nicht das Licht der Aufklärung, um sich ihre Stellung zu erhalten. — Leider sei es gesagt, daß ein derartig interessanter Vortrag für eine solche schlecht besuchte Versammlung gehalten wurde. Es erstattete hierauf Kollege Brand Bericht vom Gewerkschaftsartikel und zwar zuerst über den Antrag der Töpfer befreiten Schul der im Winter im Bau beschäftigten Arbeiter. Die Kommission des Gewerkschaftsartikels habe dieses schon dem Hamburger Senate unterbreitet, doch hat sich dieses nicht regeln lassen und soll nunmehr dem Reichstag eingereicht werden. Ferner theilt Brand mit, daß die franz. Bergarbeiter in einen Lohnkampf eingetreten seien, und fordert er die Schlosser auf, sich in den Besitz von Sammelstift zu setzen, um zu zeigen, daß die Schlosser den internationalen Gedanken der Arbeiter aufgefaßt haben. Weiter theilt er mit, daß in

nächster Zeit Arbeitslosenversammlungen stattfinden werden, um dem Hamburger Senat zu zeigen, daß es Zeit sei, noch vor Beginn des Winters Arbeiten in Angriff zu nehmen. Es erstattet hierauf Kollege Naumann Bericht über die Bibliothek und theilt mit, daß der Kassensbestand im vorigen Jahr M. 4,99 war, dazu M. 87,18 vom Schlosser-Verband, Straßfelder M. 8,20, Ausgaben M. 47,80, bleibt Bestand M. 2,47, wovon die Reparaturkosten des Schrankes u. s. w. noch zu begleichen sind. Es theilt Claus mit, daß er keinen Bericht vom Sommervergnügen bringen könne, daß noch Belege im Nachlaß von Duellmalz seien, welche am kommenden Sonntag mit noch anderen Sachen abgeholt würden. Der 5. Punkt wurde auf Antrag von der Tagesordnung abgesetzt. — NB. Die Adresse des Obmannes der Zeitungs-Kommission ist M. Naumann, Neßloßstr. 107 II bei Dehlmann und sind alle Besorwerden über Zustellung der Zeitung u. s. w. an denselben zu richten.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

Verschleichen an uns gerichteten Anfragen zu Folge geben wir bekannt, daß jedes Mitglied nach den Bestimmungen des Statuts (§ 15 Abs. 3) und des Streik-Reglements (§ 12) verpflichtet ist, pro Vierteljahr eine Delegation und eine Preisbefreiungsmarke zu lösen. Seitens der Ortsverwaltungen ist darauf zu achten, daß die Zahlung dieser Beiträge regelmäßig geschieht. Damit dies auch den Mitgliedern nicht schwer fällt, empfehlen wir, die genannten Extrasteuern immer am Schluß der (im Quittungsbuch) mit 4 Wochen aufgeführten Monate einzuzahlen, und zwar so, daß am Schluß eines jeden dieser Monate bei Zahlung der Wochenbeiträge eine der beiden Extrasteuern mit eingezogen und durch die entsprechenden Marken quittirt wird.

In einigen Verwaltungsstellen haben wir lechthin die Erfahrung gemacht, daß beim Eingehen der Beiträge durch Beitragssammler, Unterfasserer, Werkstattdienstleute u. s. w. sehr wenig Obacht darauf gegeben wird, von wem und für welche Woche der Beitrag gezahlt wird. Da hierdurch die Führung des Sammelbuchs und eine Kontrolle über die Leistungen der Mitglieder unmöglich ist, haben wir uns entschlossen, soferne seitens der Verwaltungen hinreichend Bestimmungen eingehen, Mitgliedern nach dem im Verhaltungsreglement auf Seite 3 enthaltenen Schema anzusetzen zu lassen und diese den Verwaltungsstellen je nach Bedarf zum Selbstkostenpreis (30—35 Pfg.) bei 800 Seiten Inhalt) zuzustellen. Wir ersuchen daher die Verwaltungen, die auf solche Bücher reaktivern, und umgehend Nachricht zukommen zu lassen, damit wir die Auflage danach bemessen können.

Trotz wiederholter Aufforderung haben folgende Verwaltungsstellen ihre Abrechnungen noch nicht eingesendet:

**November-Dezember 1892:**  
Graubenz.

**Januar-Februar 1893:**  
Graubenz, Homburg v. d. Höhe, Lübeck.

**März-April:**  
Goburg, Graubenz, Hamburg (Mechaniker), Homburg v. d. Höhe, Lübeck, Oppeln in Oberschlesien, Steinbach b. Bad Liebenstein i. S., Sorau.

**Mai-Juni.**  
Brake a. d. Weser, Brühl b. Köln a. Rh., Goburg, Graubenz, Hamburg (Mechaniker), Homburg v. d. Höhe, Lübeck, Oppeln in Oberschlesien, Posen, Rosenheim, Schiltigheim bei Straßburg, Schwetznitz in Schlesien, Sorau, Steinbach bei Bad Liebenstein, Weglar, Wolgast.

**Juli, August, September.**  
Aalen, Altwasser b. Waldenburg, Apennarade i. Schlesien, Aue i. S., Baden-Baden, Barmen, Bayreuth, Berlin, (Zentral), Buchum i. W., Brake a. d. Weser, Braunschweig (Feilenhauer), Bremen, Breslau (Zentr.), Brühl b. Köln, Koburg, Köln a. Rh., Krefeld, Darmstadt, Delmenhorst, Dessau, Dinklage, Döbeln i. S., Dresden, Elbing, Elmshorn, Elsterberg i. W., Erfurt, Essen a. Ruhr, Finsterwalde, Frankfurt a. M. (Klemperer), Freising, Fulda, Gera, Glöckstadt, Gmund, Gohnditz b. Altenburg, Graubenz, Greiz i. V., Hagen, Halberstadt, Halle a. S., Hamburg (Klemperer), Hamburg (Mechaniker), Hamburg (Schlosser), Hamburg-Barmbeck, Hamburg-Eimsbüttel, Hannover, Saxe, Westphalen, Heilbronn, Helmstedt, Herzfeld i. W., Hersfeld i. Hessen, Hildesheim, Homburg v. d. Höhe, Höchst a. M., Jena, Karlsruhe, Kiel, Kirchheim a. T., Landau i. Pfalz, Landsberg a. Lech, Leipzig, Leipzig (Zentr.), Leipzig (West), Leipzig (Nord), Linden b. Hannover, Lübeck, Magdeburg-Sudenburg, Magdeburg, Mannheim-Ludwigshafen (Eveglar), Marktredwitz, Meerau, Meuselwitz b. Altenburg, Minden i. W., Mönchedorf, Reiche i. Schl., Reuztal a. O., Reuztade a. d. Orla, Reuzwied a. Rh., Nordhausen, Nürnberg (Feilenhauer), Nürnberg (Metallschläger), Oppeln i. Schl., Pegnitz, Peuß i. S., Pforzheim, Pirmasens i. Pf., Plauen i. V., Posen, Prenglau, Pries

i. Schlesien, Raitingen a. Rh., Ravensburg, Regensburg, Reichenbach i. V., Remscheid, Rosenheim, Saalfeld a. S., Schiltigheim b. Straßburg, Schkeuditz b. Leipzig, Schöningen, Schwetznitz, Solingen, Solingen (Schlosser), Steinbach b. Bad Liebenstein, Straßburg i. Elsaß, Sulz i. Th., Ulm a. D., Weibert, Wald i. Rheinland, Weimar, Weglar, Wiesbaden, Wismar, Würzen, Zell i. Wiesenthal, Zeitz, Zirkdorf b. Fürth, Zwickau.

Wir ersuchen die Mitglieder der oben genannten Verwaltungsstellen, ihre Ortsbeamten zu veranlassen, daß diese ihren statistischen Verpflichtungen umgehend nachkommen. Die Revisoren machen wir auf § 14 Abs. 2 und 3 des Statuts aufmerksam.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

Nr. 27948 des Schriftlers Otto Fleberer, geb. zu Schönewitz am 5. Juli 1871.

Nr. 54885 des Schlossers Max Mayer, geb. zu Wiesenthal am 27. Juni 1878.

Der Fellenhauer Albin Klisch, geb. in Glauchau i. S. am 1. März 1875, hat in Worms a. Rh., ohne daß er bezugsberechtigt war, einen (statutarisch unzulässigen) Reisevorschuß zu Unrecht erhalten, und ersuchen wir die Ortsverwaltungen, bei denen sich Klisch meldet, ihn zur Rückzahlung der Schuld zu veranlassen. Sollt er dazu nicht im Stande sein, so ist der bis dahin bezogene Betrag, sofern er 15 Mk. nicht übersteigt, sowohl auf der Reiselegitimation als auch im Mitgliedsbuch den obigen 5 Mk. hinzuzuzählen und so als Reisegeld in Anrechnung zu bringen.

Der frühere Kassier von Hanau a. Main, der Schlosser Robert Großmann, geb. 17. Oktober 1859 zu Köln a. Rh., hat sich verschiedene Unterschlagungen zu Schulden kommen lassen und ist dann abgereist, ohne sich zu einer Zurückzahlung des Betrages herbeizulassen. Indem wir ihn hierdurch in Gemäßheit des § 8 Abs. 7a aus dem Verband ausschließen, ersuchen wir, ihn, sobald er sich mit seinem Mitgliedsbuche irgendwo meldet, festzunehmen zu lassen.

Von den nachfolgenden Orten ist der Bezug der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten: Fellenhauer von Chemnitz, Formner von Alt- und Neugersdorf i. S., Hirschfeld, Klemperer von Altenburg, S. A., Deuben b. Dresden, Metallarbeiter aller Branchen von Chemnitz, Mannheim, Helmstedt, Stettin, Metallarbeiter von Zerlorn und Mühlberg und Biangieser von Dresden.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

**Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21, I.**

zu richten und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarlen, Kongressprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.

Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter**  
(G. S. 29).

**Hamburg.** In Folge eines Antrages der Filiale St. Georg der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Sämtliche Ortsbeamten von Hamburg und Umgebung zu einer Besprechung über das Thema: „Wie haben wir die materielle Lage der Kasse hier an Orte und wie führen wir derselben neue Mitglieder zu.“ fand am Sonntag den 22. Okt. eine Versammlung derselben bei Neefing, Schoppenstehl 22, statt.

Zus Bureau wurden C. G. Brand als Vorsitzender und D. Lüßow als Schriftführer gewählt.

Franz begründet den von seiner Filiale gestellten Antrag und hält die Erhebung von Extrabeiträgen für absolut ungeeignet, Propaganda für die Kasse zu machen.

Brand: Der Beschluß der Generalversammlung in Weimar: „Umwandlung in eine Zuschußkasse“ sei, soweit das nördliche Deutschland in Betracht komme, verhängnißvoll für die Kasse geworden, indem die Mitgliederzahl daselbst ganz enorm zurückgegangen. Wenn trotzdem die Zahl der Mitglieder überhaupt gestiegen, so sei dieses darauf zurückzuführen, daß im Süden und Westen sehr harter Beitritt erfolge. Leider seien die jetzigen Filialen, welche bisher in der günstigen Lage sich befanden, bedeutende Ueberschüsse an die Hauptkasse abzuliefern, durch die Umwandlung lahm gelegt. Auf Grund einer Statistik vergleicht Redner das Arbeiten der Filialen verschiedener Orte zu einander. Besonders ungünstig für die Kasse liege es in Berlin, welches ganz enorme Zuschüsse verlange, besonders stark an diesen sei Berlin v. betheiligt. Bestimmend für den Beschluß der Generalversammlung i

